

Unsere Welt



Anti-Nato Kundgebung am Gipfel von Chicago. Foto: JB Connors, kasamaproject.org

NATO: Wunschkonzert als Strategie

Weder Smart noch Defense

Die zu behandelnden Themen und zu verhandelnden Positionen waren bereits lange bekannt und trotzdem lässt das gemeinsame Abschlussdokument zum Treffen des Nordatlantikrates in Chicago vom 20. und 21. Mai 2012 die sonst für Strategiedokumente und Gipfelerklärungen charakteristische klare Struktur vermissen. Stattdessen liest es sich eher wie ein Wunschkonzert, in dem man alle Bedürfnisse befriedigen und auf nichts verzichten wollte.

Von Christoph Marischka

Tatsächlich will die NATO alles: Sie begrüsst die Ausweitung der NATO-Operation Ocean Shield zur Bekämpfung der Piraterie, will ihre logistische Unterstützung für die AMISOM in Somalia ausweiten und neue Optionen für die Anti-Terror-Mission Active Endeavour prüfen. Sie betont die sicherheitspolitische Relevanz der Ressourcenknappheit, der Gesundheit und des Klimawandels und will mehr Gewicht auf Energiesicherheit und Cyber-Security legen. Sie will ihre Zusammenarbeit mit der UNO ausbauen, andererseits sparen und trotzdem ihre Kapazitäten ausbauen, aus Afghanistan abzuziehen und trotzdem vor Ort bleiben. Die Nato will auch eine bessere Zusammenarbeit mit Russland und gleichzeitig an ihrer Erweiterungspolitik und dem Ausbau des Raketenschildes festhalten. Sie will ein Bündnis der Demokratien sein und ihre Zusammenarbeit mit den Monarchien am Golf und mit Libyen ausbauen. Besonders widersprüchlich wird es beim Thema

Atomwaffen: Bezieht sich das Abschlussdokument gegenüber dem Iran und Korea noch auf die Vision einer «Welt ohne Atomwaffen», heisst es nur wenige Absätze später, dass man zur Verteidigung und Abschreckung an einem «angemessenen Mix aus nuklearen und konventionellen Kapazitäten» festhalten wolle. Wer hingegen deutliche Ansagen dazu erwartete, mit welchen Mittel die NATO auf Entwicklungen im Iran, in Syrien und Korea zu reagieren erwägt, der wurde enttäuscht.

Flexibilität ist einer der zentralen Begriffe des Dokuments. Besonders gilt das für die Partnerschaften. Mehrfach wird betont, wie viele Nicht-NATO-Staaten am Gipfel teilgenommen hätten und sich an gemeinsamen Operationen beteiligten. Dabei wird an der Beitrittsperspektive für Mazedonien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina und – strategisch am bedeutendsten und gefährlichsten – Georgien festgehalten. Begrüsst werden auch die bessere Zusammenarbeit der Ukraine und Serbiens mit der NATO sowie die Partnerschaft mit Russland

und den zentralasiatischen Staaten in Bezug auf Afghanistan.

Apropos Afghanistan: Dem Land wird in Aussicht gestellt, dass die ISAF ab Mitte 2013, wenn die Sicherheitsverantwortung in den letzten Provinzen formal an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben sein soll, «vom primären Fokus auf den Kampfeinsatz zunehmend zur Bereitstellung von Training, Beratung und Unterstützung übergehen wird». 2014 soll der «NATO-geführte Kampfeinsatz enden» und durch eine neue NATO-Mission abgelöst werden, deren Planung das Abschlussdokument von Chicago direkt in Auftrag gegeben hat. Experten gehen davon aus, dass sich damit das internationale «Engagement» in Afghanistan weg von parlamentarisch halbwegs kontrollierten grossen Truppenstationierungen weiter in den eher geheimdienstlichen Bereich der Drohnenangriffe, Kommandoaktionen und dubioser Haushaltsposten verlagern wird. Die Präsenz in der Fläche soll durch die von der NATO und ihren Partnern ausgebildeten und ausgerüsteten Sicherheitskräfte gewährleistet werden, die zwar nicht die Verantwortung im Sinne der Entscheidungsfindung übernehmen, wohl aber den Unmut der Bevölkerung auf sich ziehen sollen. Gründe für diesen Strategie-

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Washingtons Scheinheiligkeiten	2
Israel–Palästina aus der Vogelperspektive	3
Syrien: Nächste Runde der Eskalation?	4
Kuba: Ohne Hast und ohne Rast in die Zukunft	5
Fünf politische Lektionen	6
Westsahara: Klägliches Scheitern der UNO	7
Dow Chemical: Fragwürdiger Olympia-Sponsor	8

Zypern: Regionalkonferenz des Weltfriedensrates

Factfinding in Syrien

Organisationen des Weltfriedensrats (WFR) haben sich an Ostern zum europäischen Regionaltreffen und zum Regionaltreffen des Mittleren Ostens in Larnaka, Zypern getroffen, darunter auch die Schweizerische Friedensbewegung (SFB).

Von Jonas Jäggi

Zu reden gab vor allem die Situation in Syrien und Iran und der zu der Zeit noch bevorstehende NATO-Gipfel in Chicago. Die Besorgnis war gross, dass die NATO-Mächte nach ihrer Intervention in Libyen auch in Bezug auf Syrien und Iran aktiv eine Politik des «Regimewechsels» verfolgen. Solche äussere Bedrohungen haben eine Stärkung der Abwehrhaltung der technokratischen Regimes und letztlich eine Destabilisierung der Region zur Folge. Die Solidarität der Friedensbewegungen gilt den progressiven Kräften, die sich für einen selbstbestimmten demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel ohne äussere Einflussnahme einsetzen.

Zusammen mit dem Weltbund der demokratischen Jugend organisierte der Weltfriedensrat für Ende April eine internationale Solidaritäts- und Fact-Finding-Mission nach Syrien, mit Delegierten aus allen Kontinen-

ten. Auf deren Resultate darf man noch gespannt sein.

Die Tatsache, dass sich die Organisationen des Mittleren Ostens dem Treffen in Zypern angeschlossen haben und damit zum zweiten Mal in Folge ausserhalb ihrer Region zusammenkommen mussten, ist schon allein Ausdruck für die schwierige Lage in der sich diese Region zur Zeit befindet. Das Fazit des Regionalkoordinators aus Palästina fiel denn auch alles andere als optimistisch aus:

«Der sogenannte Arabische Frühling ist nicht auf gutem Weg und bringt nicht den Wandel, den wir uns erhofft haben. Kapitalisten und Imperialisten und ihre alliierten Kräfte in der Region tun ihr Bestes, um die Veränderungen zu kontrollieren und ihnen eine Richtung zu geben, die ihren Interessen dient. Unglücklicherweise waren sie darin grösstenteils erfolgreich. [...]

Die wichtigste Veränderung im Mittleren Osten ist die Rolle islamischer Kräfte. [...]

Fortsetzung Seite 2

Eine Woche des Friedens

–rumo. Es ist der letzte Montag im Mai. In den USA ist Picknick im Park und Memorial Day (Veteranengedenktag) angesagt. Barack Obama verkündet auf dem Soldatenfriedhof von Arlington, US-Truppen nur noch in Kriege zu schicken die «absolut notwendig» sind. Wörtlich: «Ich kann euch versprechen, dass ich das niemals tun werde, wenn es nicht absolut notwendig ist.» Und weiter: «Nach einem Jahrzehnt unter der dunklen Wolke des Krieges sehen wir das Licht eines neuen Tages am Horizont.»

Gleichenfalls fliegen raketenbestückte US-Drohnen 18 Angriffe auf Pakistan, 22 auf Jemen und einen auf Somalia. Gestartet wurden sie hinter dem Horizont. Drohnen sind unbemannt, also keine Truppen.

Am 1. Juni verkündet US-Kriegsminister Leon Panetta, bis 2020 60% aller US-Kriegsschiffe im Pazifik zu stationieren. Dies sei Teil der neuen Militärstrategie, welche Obama im Januar vorgestellt hatte. Dabei gehe es um die chinesische Bedrohung in der Region, um den «militärischen» Aufstieg Chinas. Ist dies das Licht des neuen Tages?

Ebenfalls anfangs Juni enthüllt «Der Spiegel», dass israelische U-Boote aus deutscher Produktion mit Atomraketen bestückt werden. Die sechs U-Boote der Dolphin-Klasse sind nicht Schrott aus dem Zweiten Weltkrieg, sondern modernste Hightech Ware. Allerdings vom selben Hersteller: ThyssenKrupp. Typisch Merkel oder CDU? Das erste Boot wurde bereits im Jahre 2000 ausgeliefert. Damals wurde Deutschland von Rot-Grün regiert. Der Grüne Joschka Fischer war Aussenminister. Es war diese Regierung, welche ihre Söhne so weit (Afghanistan) in den Krieg geschickt hat, wie ihre Väter nie gekommen sind. Aber die Regierung Merkel führt nicht nur aus, was andere angedeutet haben. Sie gibt noch drauf. Die verbleibenden drei zu liefernden U-Boote werden vom deutschen Staat zu je einem Drittel subventioniert.

Friedensarbeit wird nicht subventioniert. Es sei denn von Menschen wie Ihnen.

Um die Herausgabe von «Unsere Welt» weiterhin zu ermöglichen bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7



Fortsetzung von Seite 1

schere Kräfte im politischen Leben der Region, von denen wir glauben, dass sie – insbesondere die Muslimbruderschaft – sich mit den wichtigsten Mächten in der Region und von auserhalb arrangiert haben.»

Aus europäischer Perspektive war ausserdem zu verzeichnen, dass die Rüstungsindustrie unbeeindruckt von jeder Wirtschaftskrise, die Waffenlieferungen in Konfliktgebiete vorantreibt. Die Sparprogramme, die vielen europäischen Ländern im Zuge der Krise aufgezwungen wurden, liessen die eigene Rüstung unangetastet. Mehr noch, bezeichnenderweise enthielt das griechische Sparprogramm von 2012 neben den dramatischen Ausgabenkürzungen bei Löhnen, Renten, Bildung, Gesundheit

und Sozialleistungen eine Erhöhung des Rüstungsbudgets um 66.7% und der Beiträge an die NATO um 22.5%, wie der griechische Friedensrat berichtete.

Letztlich zeigten sich die Delegierten solidarisch mit den zyprischen Friedensaktivisten, die sich für eine Lösung des Konflikts und gegen die Teilung ihres Landes einsetzten. Dass griechische und türkische Zyprioten friedlich zusammenkommen können haben uns die Gastgeber eindrücklich demonstriert. So gab es eine Darbietung der Volkstanzgruppe «Dance for Peace», die, aus beiden Teilen des Landes zusammengesetzt, eine gemeinsame Tradition pflegt. Die Delegierten wurden ausserdem an eine Kundgebung im Gedenken an zwei ermordete Friedenskämpfer eingeladen, an der neben dem Präsidenten Zyperns griechisch- und türkisch-zyprische Redner auftraten.

Auf der Konferenz waren auch Gäste aus Nepal, um über die Generalversammlung zu informieren, die vom 20.–23. Juli in Kathmandu stattfindet. Ziel ist es, an den Erfolg von Caracas 2008 anknüpfen zu können, wo Organisationen aus über 80 Ländern vertreten waren. Hoffen wir, dass dies gelingt und der Weltfriedensrat sein Potenzial auch weiterhin nutzen und ausbauen kann. Wie das Sekretariat nebenbei informiert hat, ist die finanzielle Lage alles andere als rosig – eine Diagnose, die chronisch wohl alle Friedensorganisationen plagt.

Jonas Jäggi ist Sekretär der SFB

Weder smart noch defense

Fortsetzung von Seite 1

wechsel sind nicht nur der Druck der Strasse und der Wähler, sondern auch die Kosten. Gegenüber der Stuttgarter Zeitung räumte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen in diesem Kontext unverblümt ein: «Natürlich ist es billiger, afghanische Kräfte zu finanzieren, als eigene Truppen zu entsenden.» 350 000 afghanische Soldaten und Polizisten sollen 2014 die Aufgaben der ISAF übernehmen. «Billig» heisst in diesem Fall – die Zahl nannte der Focus – 3,2 Milliarden Euro pro Jahr, die der Westen weiterhin «investieren» will.

Das rüstungspolitische Pendant zu solchen «Sparanstrengungen» ist die so genannte Smart Defense, die in der Berichterstattung über den NATO-Gipfel viel Raum einnimmt, im Abschlussdokument jedoch eine bemerkenswert kleine Rolle spielt. Das ist durchaus nachvollziehbar, denn tatsächlich handelt es sich bei der Smart Defense (ebenso wie beim Raketenprogramm in Zeiten knapper Kassen. Als konkretes Beispiel wird im Abschlussdokument lediglich die NATO-Mission zur Luftüberwachung im Baltikum genannt, die es den Staaten dort ermöglicht, auf eigene Abfangjäger zu verzichten und stattdessen in andere Kapazitäten zu investieren, welche in gemeinsamen NATO-Einsätzen gebraucht werden. Bernd Riegert von der Deutschen Welle zitierte in diesem Zusammenhang einen Staatssekretär des lettischen Verteidigungsministeriums, der vorrechnete, dass der Verzicht auf die eigenen Jäger das Geld für Spezialkräfte freisetze, «die wir für die NATO-Operationen einsetzen können».

Der Presse war zu entnehmen, dass insgesamt über 20 Rüstungsprojekte im Rahmen der Smart Defense abgesegnet wurden. Dass in diesem Zusammenhang die Anschaffung sogenannter Wirkmittel aber eher unterschlagen und stattdessen Aufklärung, Luftbetankung und medizinische Unterstützung thematisiert werden, ist einerseits nicht ungewöhnlich und täuscht andererseits auch nur vordergründig über die offensive Ausrichtung selbst solcher Kapazitäten hin-

weg. So ist etwa die Luftbetankung eine Fähigkeit, auf die eine defensiv ausgerichtete Armee getrost verzichten kann, da sie vor allem bei Out-of-area-Einsätzen von Relevanz ist, bei denen in der unmittelbaren Nachbarschaft des Einsatzgebietes keine ausreichenden Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung stehen (wie etwa im Falle eines israelischen Angriffs auf den Iran).

Rüstung ohne äussere Bedrohung?

Militärische Kapazitäten für die eigentliche «nationale Verteidigung» werden im Übrigen auf absehbare Zeit auch weiterhin unter nationaler Verantwortung und – soweit möglich – mit der nationalen Rüstungsindustrie verwirklicht werden. Das Beispiel der baltischen Staaten ist dabei irreführend: Mit ihren Einwohnerzahlen zwischen einer und drei Millionen Menschen und einem Bruttoinlandsprodukt von jeweils deutlich unter 50 Milliarden US-Dollar wäre keiner dieser Staaten im Stande, eine eigene nennenswerte Luftstreitkräfte oder Offensivkapazitäten zu unterhalten. Auf der anderen Seite zeugt die Reform der deutschen Streitkräfte mit ihrem Ziel der «konsequenten Ausrichtung auf den [Auslands-]Einsatz» davon, wie wenig heute noch mit einer tatsächlichen militärischen Bedrohung gerechnet wird. Daraus ergeben sich theoretisch beträchtliche Einsparungspotenziale bis hin zur vollständigen Abrüstung. Die langfristige und offensiv ausgerichteten Projekte im Rahmen der Smart Defense dürften jedoch darauf zielen, selbst unter wachsendem Druck der unter Sozialabbau leidenden Bevölkerungen nicht weniger NATO-Staaten diese Einsparpotenziale nicht zu realisieren, sondern vielmehr in die (gemeinsame) Entwicklung von Offensivkapazitäten umzulenken. In der Rede des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy zum NATO-Gipfel klang das folgendermassen: «Europa gibt nach wie vor 200 Milliarden Euro jährlich für Verteidigung aus. Das ist eine bemerkenswerte Summe, aber sie muss effektiver eingesetzt werden und bessere Ergebnisse erzielen.»

Quelle: imi-online.de

Kritischer Blick eines Konservativen

Washingtons Scheinheiligkeiten

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sei der zweitschlimmste Verletzer der Menschenrechte auf dem Planeten und der einzige Wegbereiter des schlimmsten – Israel, meint der konservative Kommentator des Wall Street Journal und ehemalige Vize-Schatzminister der Reagan-Administration Paul C. Roberts. Das halte Washington jedoch nicht davon ab, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Von Paul Craig Roberts

Der «Menschenrechtsbericht» des Aussenministeriums der Vereinigten Staaten von Amerika konzentriert seinen Zorn auf Iran und Syrien, zwei Länder, deren wirkliche Sünde in ihrer Unabhängigkeit von Washington besteht, und auf den Schwarzen Mann, der gerade aufgebaut wird – China, das Land, das für die Rolle des Feindes in Washington neuem Kalten Krieg ausgewählt worden ist.

Hillary Clinton, eine weitere in der langen Reihe von unqualifizierten Aussenministern, informierte «Regierungen in aller Welt: wir beobachten euch und wir ziehen euch zur Verantwortung», nur ziehen wir uns natürlich nicht selbst zur Verantwortung oder Washingtons Alliierte wie Bahrain, Saudiarabien, Israel und die NATO-HiWis.



Menschenrechte à la USA: Verhaftung eines Occupy-Demonstranten (Foto Flickr/Daycaf)

Hillary «machte Bürgern und Aktivisten allerorts klar: Ihr seid nicht allein. Wir stehen an eurer Seite» – ausser an der Seite der Demonstranten gegen den NATO-Gipfel in Chicago oder der Occupy Wall Street-Demonstranten, oder wo immer in den Vereinigten Staaten von Amerika Demonstrationen stattfinden.

Demonstranten sind sich nicht alle gleich

Das Aussenministerium steht an der Seite der Demonstranten, die von den USA in den Ländern finanziert werden, deren Regierungen die Vereinigten Staaten von Amerika stürzen wollen. Demonstranten in den USA stehen so allein da wie die okkupierten Palästinenser, die offenkundig keinerlei Menschenrechte auf ihre Häuser, ihr Land, ihre Olivenhaine oder ihr Leben haben.

Hier sind einige Zahlen zu den Verhaftungen bei einigen Protestaktionen in den USA in jüngster Zeit. Laut New York Daily News waren es am 17. November 2011 allein in New York 1 300 Occupy Wall Street-Demonstranten. Fox News berichtete am 2. Oktober 2011, dass 700 Demonstranten auf der Brooklyn Bridge verhaftet wurden. Beim kürzlichen NATO-Gipfel waren es gemäss Chicago Journal 90 Demonstranten.

In den USA werden einige Demonstranten offiziell als «inländische Extremisten» oder «inländische Terroristen» klassifiziert, eine neue Bedrohungskategorie, von der die Home Land Security erklärte, dass sie sich jetzt auf diese konzentrierte, und die somit die muslimischen Terroristen als Bedrohung Nummer eins für die Vereinigten Staaten von Amerika er-

setzt. Im September 2010 führte das die Bundespolizei Razzien in den Wohnungen von Friedensaktivisten in Chicago und Minneapolis durch. Das FBI versucht, einen Fall gegen diese zu fabrizieren, indem es behauptet, dass die Friedensaktivisten Geld an die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) gespendet hätten. Auf Verlangen Israels hat die US-Regierung die PFLP zur terroristischen Gruppe erklärt.

In Chicago wurden neben den vielen Demonstranten gegen die NATO, auf deren Seite das Aussenministerium nicht steht, drei junge weisse Amerikaner wegen «inländischem Terrorismus» verhaftet und zwar im Rahmen eines, wie Dave Lindorff berichtet, «Eindringens in Häuser ohne gerichtliche Genehmigung, was an das erinnert, was das US-Militär täglich [und nächtlich] in Afghanis-

28, aus Chicago, ist angeklagt wegen «versuchter Beschaffung von Sprengstoffen oder Zündmitteln.» Seine Kaution beträgt \$500 000.

Das sind die Menschenrechte in den USA. Der Menschenrechtsbericht des Aussenministeriums untersucht allerdings nie die Vereinigten Staaten von Amerika selbst. Er ist ein politisches Instrument, das gegen die von Washington auserwählten Feinde gerichtet ist.

Afghanistan, Pakistan, Iran, Syrien, Libyen...

Mittlerweile fahren die Menschenrechts-USA fort, die nationale Souveränität Pakistans, Jemens und Afghanistans zu verletzen, indem es Drohnen, Bomben, Spezialtruppen und in Afghanistan 150 000 Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika einsetzt, um Menschen umzubringen, üblicherweise Frauen, Kinder und alte Dorfbewohner. Hochzeiten, Begräbnisse, Fussballspiele von Kindern, Schulen und Bauernhäuser sind ebenfalls bevorzugte Ziele für die Angriffe Washingtons.

Laut Berichten finanzieren die USA die iranische Terrorgruppe MEK, die von niemand geringerem als dem Aussenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika als Terroristen betrachtet werden. Aber das geht in Ordnung, solange MEK den Iran terrorisiert. Washington steht an der Seite der MEK-Demonstrationen, die per Bomben und Mörderkugeln abgehalten werden. Immerhin müssen wir dem Iran Freiheit und Demokratie bringen, und Gewalt ist Washingtons bevorzugtes Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Washington sucht verzweifelt, die syrische Regierung zu stürzen, um die russische Marinebasis loszuwerden. Am 15. Mai berichtete Washington Post, dass Washington die Zufuhr von Waffen an die syrischen Rebellen koordiniert. Die Rechtfertigung Washingtons für die Einmischung in Syriens innere Angelegenheiten besteht in Beschuldigungen der syrischen Regierung wegen Menschenrechtsverletzungen. Wie auch immer, ein Bericht der UNO besagt, dass die Rebellen die Menschenrechte um nichts mehr respektieren als die syrische Regierung. Die Rebellen foltern und ermorden Gefangene und entführen Leute, die reich genug sind, um ein Lösegeld zu bringen.

Die NATO, geführt von Washington, ging in Libyen weit hinaus über die UNO-Resolution, die eine Flugverbotszone verhängte. In unverhohlener Verletzung der UNO-Resolution führte die NATO die Luftangriffe gegen die libysche Regierung durch, die die von der CIA unterstützten «Rebellen» in die Lage versetzten, Gaddafi zu stürzen und viele libysche Zivilisten zu töten.

Nach dem Nürnberger Standard (Prinzip VI.a.i.) ist es ein Kriegsverbrechen, einen Angriffskrieg zu beginnen, was genau das ist, was Washington und seine NATO-HiWis gegen Libyen machten, aber, beruhigen Sie sich, Washington brachte Libyen Freiheit und Demokratie.

Letzte Woche befand ein Kriegsverbrechertribunal in Malaysia George W. Bush, Dick Cheney, Donald Rumsfeld und ihre Rechtsberater Alberto Gonzales, David Addington, William Haynes II, Jay Bybee und John Choon Yoo schuldig wegen Kriegsverbrechen.

Erwarten Sie aber nicht, dass Washington sich darum kümmert. Die Verurteilungen wegen Kriegsverbrechen sind nur eine «politische Äusserung.»

Quelle: antikrieg.com



1948: Palästinenser warten im Hafen von Haifa auf die Vertreibung aus ihrer Heimat. Foto AP/alianzas.Periodismohumano.com

Der israelisch-palästinensische Konflikt

Die Vogelperspektive

Aus der Vogelperspektive sieht die zionistisch-israelische Politik aus wie ein Fluss, der in Richtung Meer fliesst. Wenn er auf ein Hindernis stösst, umfließt er es. Der Fluss fliesst einmal nach rechts, einmal nach links, manchmal sogar zurück. Aber er strebt mit einer wundersamen Entschlossenheit zu seinem Ziel.

Von Uri Avnery

Am 15. Mai, dem Jahrestag der Gründung des Staates Israel begehen die arabischen Bürger einen Tag der Trauer für die Opfer der Nakba («Katastrophe») – den Massenauszug des halben palästinensischen Volkes aus dem Gebiet, das Israel wurde.

Wie jedes Jahr hat dies viel Wut erzeugt. Die Tel Aviver Universität erlaubte den arabischen Studenten eine Versammlung abzuhalten, die von ultra-rechten jüdischen Studenten angegriffen wurde. Die Haifaer Universität verbot solch eine Versammlung. Vor einigen Jahren wurde in der Knesset über ein Nakba-Gesetz debattiert, nach dem Teilnehmer an solchen Gedenkfeiern drei Jahre Gefängnisstrafe bekommen sollten. Dies wurde später modifiziert: Unterstützungsgelder von Seiten der Regierung soll von den Instituten zurückgezogen werden, die die Nakba erwähnen.

Die «Einzige Demokratie im Nahen Osten» mag wohl die einzige Demokratie der Welt sein, die seinen Bürgern verbietet, an ein historisches Ereignis zu erinnern. Vergessen ist eine nationale Pflicht.

Es ist schwierig, die Geschichte des «palästinensischen Problems» zu vergessen, weil es unser Leben 65 Jahre nach der Gründung des Staates Israels beherrscht; die Hälfte der Nachrichten in unseren Medien befasst sich – direkt oder indirekt – mit diesem einen Problem.

Eben erst hat die südafrikanische Regierung beschlossen, alle Produkte aus den Westbank-siedlungen müssten eindeutig bezeichnet werden. Diese Massnahme, die in Europa schon besteht, wurde – ausgerechnet – von unserm Aussenminister Avigdor Lieberman rundweg als «rassistisch» verurteilt, obwohl sich Südafrika nur einem Boykott anschliesst, der vor 15 Jahren von meinen Freunden und mir initiiert wurde.

Die neue Regierungskoalition hat erklärt, sie wolle die Verhandlungen mit den Palästinensern wieder aufnehmen (jeder weiss, dass dies ein hohles Versprechen ist) Eine Welle von Morden und Vergewaltigungen wurde den Arabern (und afrikanischen Asylsuchenden) untergeschoben. Alle Kandidaten für die ägyptische Präsidentschaft versprechen, den Kampf für die Palästinenser aufzunehmen. Ranghohe israelische Armeeoffiziere haben bekannt gemacht, dass 3500 syrische und iranische Raketen, als auch Zehntausende Hisbollahraketen aus dem Südlibanon bereit liegen, um

wegen Palästina auf uns abgefeuert zu werden. Und so weiter – eine tägliche Liste.

115 Jahre nach der Gründung der zionistischen Bewegung beherrscht der israelisch-palästinensische Konflikt unsere Nachrichten.

Das Land ohne Volk...

Die Gründungsväter des Zionismus übernahmen den Slogan «ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» (geprägt wurde dieser Slogan schon 1854 von Earl Shaftesbury, einem britischen christlichen Zionisten). Sie glaubten das «verheissene Land» sei leer. Sie wussten natürlich, dass es in dem Land ein paar Leute gibt, aber die Zionisten waren Europäer, und für Europäer am Ende des 19. Jahrhunderts, der Blütezeit des Imperialismus und Kolonialismus, zählten die Farbigen – braun, schwarz, gelb, rot oder was auch immer – nicht als wirkliche Menschen.

Als Theodor Herzl die Idee eines jüdischen Staates erfand, dachte er nicht an Palästina, sondern an ein Gebiet in Argentinien. Er beabsichtigte, dieses Gebiet von der ganzen einheimischen Bevölkerung frei zu machen – aber erst, wenn sie alle Schlangen und gefährlichen wilden Tiere getötet hätten.

In seinem Buch «Der Judenstaat» wurden die Araber nicht erwähnt – und das ist kein Zufall.

Als Herzl es schrieb, dachte er nicht einmal an dieses Land. Das Land erscheint im Buch nur in einem winzigen Kapitel, das im letzten Augenblick hinzugefügt wurde: «Palästina oder Argentinien?»

Deshalb sprach Herzl nicht über die Vertreibung des palästinensischen Volkes. Dies wäre auf jeden Fall unmöglich gewesen, da Herzl den osmanischen Sultan um eine Charta für Palästina gebeten hatte. Der Sultan war ein Kalif, das geistliche Oberhaupt der Muslime der Welt. Herzl war zu vorsichtig, um dieses Thema anzuschneiden.

Dies erklärt die ansonsten seltsame Tatsache: Die zionistische Bewegung hat niemals eine klare Antwort auf diese allerfundamentalste Frage gegeben – wie kann ein jüdischer Staat in einem Land geschaffen werden, das schon von einem anderen Volk bewohnt wird? Diese Frage ist bis zum heutigen Tage unbeantwortet geblieben.

Aber nur scheinbar. Irgendwo unter allem verborgen, an den Rändern des kollektiven Bewusstseins, hat der Zionismus immer eine Antwort. Sie ist so selbstverständlich, dass es

nicht nötig ist, darüber nachzudenken. Nur wenige haben den Mut, es offen auszusprechen. Es liegt sozusagen im «genetischen Code» der zionistischen Bewegung und ihrer Tochter, dem Staat Israel.

Dieser Code sagt: ein jüdischer Staat im ganzen Land Israel. Und deshalb totale Opposition gegenüber der Errichtung eines palästinensischen Staates – zu allen Zeiten, irgendwo im Land, egal, was es kostet.

Grossisrael

Wenn ein Strategie einen Krieg plant, bestimmt er als erstes dessen Ziel. Das ist das Hauptbestreben. Jedes andere Bestreben muss sich dementsprechend danach ausrichten. Wenn es das Hauptbestreben unterstützt, ist es akzeptabel. Wenn es dieses Hauptbestreben verletzt, muss es zurückgewiesen werden.

Das Hauptbestreben der zionistisch-israelischen Bewegung ist es, einen jüdischen Staat im ganzen Land Israel zu errichten – das Land zwischen Mittelmeer und dem Jordanfluss. Mit anderen Worten: die Verhinderung eines arabisch-palästinensischen Staates.

Wenn man dies begreift, machen alle Ereignisse der letzten 115 Jahre Sinn. All die Biegungen und Windungen, alle scheinbaren Widersprüche und Umwege, all die seltsam aussehenden Entscheidungen machen einen perfekten Sinn.

Aus der Vogelperspektive sieht die zionistisch-israelische Politik aus wie ein Fluss, der in Richtung Meer fliesst. Wenn er auf ein Hindernis stösst, umfließt er es. Der Fluss fliesst einmal nach rechts, einmal nach links, manchmal sogar zurück. Aber er strebt mit einer wundersamen Entschlossenheit zu seinem Ziel.

Das leitende Prinzip war, jeden Kompromiss anzunehmen, der uns gibt, was wir in jedem Stadium bekommen können, doch nie das Endziel aus den Augen zu verlieren.

Diese Taktik erlaubt uns jeden Kompromiss, ausser einem: einen arabisch-palästinensischen Staat, der die Existenz eines arabisch-palästinensischen Volkes bestätigt.

Alle israelischen Regierungen haben gegen diese Idee mit allen erreichbaren Mitteln gekämpft. In dieser Hinsicht gab es keinen Unterschied zwischen David Ben Gurion, der ein geheimes Abkommen mit König Abdullah von Jordanien machte, um die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern, wie die Resolution der UN-Vollversammlung 1947 verfügt hatte, und Menachem Begin, der einen Sonderfrieden mit Anwar Sadat machte, um Ägypten aus dem israelisch-palästinensischen Krieg fern zu halten. Geschweige denn Golda Meirs berühmter Ausspruch: «So etwas wie ein palästinensisches Volk gibt es nicht.» Tausende anderer Entscheidungen von verschiedenen israelischen sich folgenden Regierungen sind derselben Logik gefolgt.

Die einzige Ausnahme mochte das Oslo-Abkommen sein – das auch nicht einen palästinensischen Staat erwähnt. Nach der Unterzeichnung eilte Yitzhak Rabin nicht weiter, um solch einen Staat zu gründen. Er blieb stehen, als ob er vor seiner eigenen Kühnheit erschrak. Er zögerte, zauderte, bis der unvermeidliche zionistische Gegenangriff in Fahrt kam und seinen Bemühungen – und seinem Leben – ein Ende setzte.

Vom Schrei am Rande des Dorfes

Der gegenwärtige Kampf um die Siedlungen ist ein integraler Teil dieses Prozesses.

Das Hauptziel der Siedler ist es, einen palästinensischen Staat unmöglich zu machen. Alle israelischen Regierungen haben sie – offen oder geheim – unterstützt. Sie sind natürlich nach dem Internationalem Recht

illegal, viele von ihnen sind sogar nach israelischem Gesetz illegal: Man nennt sie verschieden: «illegal», «unrechtmässig», «unerlaubt» usw.

Israels erhabener Oberster Gerichtshof hat angeordnet, mehrere von ihnen zu entfernen, und er erlebt, dass seine Entscheidungen von der Regierung ignoriert werden.

Die Siedler behaupten, dass nicht eine einzige Siedlung ohne geheimes Einverständnis der Regierung errichtet wurde. Und tatsächlich sind die unrechtmässigen Siedlungen sofort mit Wasserleitungen, dem Stromnetz und speziellen neuen Strassen verbunden worden, und die Armee eilte hin, um sie zu verteidigen – tatsächlich sind die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) schon seit langem die Siedlungsverteidigungskräfte (SDF) geworden. Anwälte und Rechtsverdrehler sind massenweise damit beschäftigt, riesige Flächen palästinensisches Land zu enteignen. Eine berühmte Anwältin entdeckte ein vergessenes osmanisches Gesetz, das besagt, wenn man vom Rande eines Dorfes schreit, dann gehört all das Land dem Sultan, wo dieses Schreien nicht mehr gehört werden kann. Da der israelische Staat der Erbe der jordanischen Regierung sei, die der Erbe des Sultan sei, gehöre dieses Land der israelischen Regierung, die es den Siedlern weitergibt. (Das ist kein Witz.)

Während der israelisch-palästinensische Konflikt zu ruhen scheint und «nichts geschieht», ist er mit aller Kraft auf dem einzigen Schlachtfeld, das wichtig ist, im Gange: im Siedlungsunternehmen. Alles andere ist marginal, wie die erschreckende Aussicht eines israelischen Angriffs auf den Iran. Wie ich schon oft gesagt habe, wird dieser nicht geschehen. Er ist ein Teil der Bemühungen, die Aufmerksamkeit von der Zwei-Staaten-Lösung abzulenken, der einzigen friedlichen Lösung, die es gibt.

Erneuter Bevölkerungs-transfer?

Wohin führt die Negation des palästinensischen Staates?

Logischerweise kann sie nur zu einem Apartheidstaat im ganzen Land zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan führen. Auf die Dauer wird dies unhaltbar sein und zu einem «bi-nationalen» Staat mit arabischer Mehrheit führen, der völlig inakzeptabel für fast alle israelischen Juden sein würde. Was bleibt also?

Die einzig denkbare Lösung würde ein Transfer aller Araber auf die andere Seite des Jordan sein. In einigen ultrarechten Kreisen wird darüber offen geredet. Der jordanische König hat schon eine Heidenangst davor.

Ein Bevölkerungstransfer geschah schon 1948. Es gibt noch immer ein Streitgespräch, ob dieser absichtlich geschah. Im ersten Teil des Krieges war er eindeutig eine militärische Notwendigkeit (und wurde von beiden Seiten praktiziert). Später wurde er absichtlich durchgeführt. Aber der Hauptpunkt ist, dass es den Flüchtlingen aus über 400 Dörfern nicht erlaubt wurde, zurückzukehren, als die Feindseligkeiten vorüber waren. Im Gegenteil: die Bevölkerung einiger Dörfer wurde sogar noch später vertrieben und auch diese Dörfer zerstört. Jeder handelte nach der unsichtbaren Direktive der Hauptbestrebung, eine Anweisung, die so tief ins kollektive Bewusstsein gedrungen war, dass keine speziellen Order mehr nötig waren.

Aber 1948 ist schon lange vorbei. Die Welt hat sich verändert. Was vom tapferen und kleinen Post-Holocaust Israel toleriert wurde, wird morgen vom mächtigen, arroganten Israel nicht toleriert werden. Heute ist es ein Hirngespinnst – ähnlich Träumen der anderen Seite, in denen Israel irgendwie von der Landkarte verschwinden würde.

Dies bedeutet, dass ethnische Säuberung – die einzige Alternative zur

Zwei-Staaten-Lösung – unmöglich ist. Das Hauptbestreben ist in eine Sackgasse geraten.

Neues nationales Ziel

Es ist oft gesagt worden, der israelisch-palästinensische Konflikt sei ein Zusammenprall zwischen einer unaufhaltbaren Kraft und einem unbeweglichen Objekt. Dies wird unser Leben und das der nächsten Generationen dominieren.

Wenn wir nicht etwas tun, das fast unmöglich aussieht: das Hauptbestreben ändern, d.h. die historische Richtung unseres Staates. Ein Ersatz dafür wäre ein neues nationales Ziel: Friede und Koexistenz, Versöhnung zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert. Titel von der Redaktion gesetzt)

Illegale Ware

Die Bewegung «Boykott–Desinvestition–Sanktionen gegen Israel» BDS teilt mit:

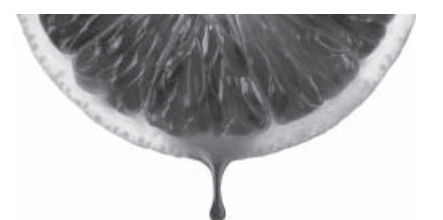
«Eine Delegation von BDS Schweiz wurde am Freitag, 25. Mai 2012, am nationalen Geschäftssitz der Migros empfangen. Dabei übergab sie über 12 000 Unterschriften von Konsumentinnen und Konsumenten, welche die beiden führenden Grossvertrieber Migros und COOP auffordern, keine israelischen Produkte zu verkaufen, bis Israel das Völkerrecht einhält und die von den Vereinten Nationen anerkannten Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser respektiert.

BDS Schweiz begrüsst die am Treffen signalisierte Offenheit der Migros. Die Delegation hat auf die laufenden Verstösse des israelischen Staates gegen das Humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte hingewiesen. Anhand der drei Produkte SodaStream, Frühkartoffeln und Majoul-Datteln von Hadiklaim wurde beispielhaft aufgezeigt, wie israelische Unternehmen von der vom Staat praktizierten Apartheidpolitik profitieren. Diese stützt sich u.a. auf die Ausbeutung der palästinensischen Arbeitskräfte, die Besetzung konfiszierten Lands und die diskriminierende Verteilung von Wasser.

Die Migros zeigte sich aufgeschlossen für die Problematik der intransparenten Etikettierung von Produkten aus den besetzten palästinensischen Gebieten, die zurzeit unter «Made in Israel» im Handel sind. BDS Schweiz begrüsst diese Haltung der Migros, die der von Israel bewusst verfolgten Verschleierung der Herkunft einen Riegel schieben würde, erachtet die korrekte Bezeichnung aber für ungenügend. Der britische Grossvertrieber COOP hat kürzlich gezeigt, dass es möglich ist, eine mit den ethischen Grundsätzen des Unternehmens kohärente Geschäftspolitik zu verfolgen, und vier in den besetzten Gebieten niedergelassene Unternehmen als Lieferanten ausgeschlossen. (...) Angesichts der Unternehmensgrundsätze, auf die sich die Migros verpflichtet hat, und des guten Rufs, den das Unternehmen im Land genießt, erwarten BDS Schweiz und über 12 000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufrufs ein beispielhaftes und klares Engagement der Migros zugunsten der Menschenrechte.

(...) BDS Schweiz wird die Kampagne fortsetzen, um den öffentlichen Druck auf die Grossvertrieber zu erhöhen.»

Quelle: www.bds-info.ch



Syrien

Nächste Runde der Eskalation?

Der Buchautor und Journalist aus Trier, Rüdiger Rolfs («Afghanistan – Grundlagen der gesellschaftlichen Entwicklung»), plädiert für kritisches Lesen, Hören und Sehen der Nachrichten aus Syrien.

Von Rüdiger Rauls

Es hat wieder Tote gegeben in Syrien. Die Medien waren voll davon und die meisten reagierten nach dem alt bekannten Muster: Die Version der syrischen Opposition wurde bevorzugt verbreitet, die der Regierung nur nebenbei erwähnt. Beweise wurden keine geliefert.

Waren nach den ersten Meldungen die Opfer in Hula durch Beschuss von seiten der syrischen Armee verursacht worden, so sprach die Tagesschau am 29. Mai bereits davon, dass die meisten Opfer aus nächster Nähe getötet worden seien wie bei einer Hinrichtung. Fortan machte man regierungsnahen Milizen verantwortlich. Das heisst aber, dass die Armee nicht in dem Ausmass an dem Massaker beteiligt gewesen sein kann, wie ursprünglich gemeldet worden war.

Nunmehr berichtete die 'Frankfurter Allgemeine' in ihrer online-Ausgabe am 30. Mai: «Überlebende hätten regierungstreue Schabbiha-Milizen für das Massaker verantwortlich gemacht.» Eine weitere Version – veröffentlicht im selben Beitrag – besagt: «Augenzeugen aus der Gegend von Hula berichten, eine Räuberbande aus benachbarten Dörfern mit alawitischen Bevölkerung habe das sunnitische Dorf Hula überfallen, um einen Angriff auf ihre Gemeinden am Vortag zu rächen.» Neben der Behauptung der Regierung, dass terroristische Kräfte hinter dem Massaker stecken, existieren damit innerhalb von nur wenigen Tagen mehrere sich widersprechende Versionen des Vorfalles, von denen keiner durch Beweise belegt ist.

Selbst der Leiter der UN-Friedensmission, Hervé Ladsous, spricht von einer unklaren Lage: Es gebe keine klaren Anhaltspunkte dafür, «dass ausstehende Gruppen in das Massaker verwickelt gewesen seien, schloss dies aber auch nicht aus.» Dennoch hält «der Westen» an der Verantwortlichkeit der syrischen Regierung fest: «Die Vereinten Nationen machten unterdessen regimetreue Kämpfer für zahlreiche Todesopfer beim Massaker im syrischen Hula verantwortlich.» ('Frankfurter Allgemeine' in ihrer online-Ausgabe am 30. Mai)

Der Verdacht gegen die Armee und dahinter die Regierung Assad kann in der ursprünglichen Form nicht mehr aufrecht erhalten werden. Stattdessen spricht man nun von «regimetreuen Kämpfern», was immer das sein soll und wer immer sie zu solchen erklärt. Der Wahrheitsgehalt der Verlautbarungen der Opposition jedoch wird nicht hinterfragt. Dabei hatte bereits ein UN-Report festgestellt, den die Tageszeitung 'Luxemburger Wort' (LW) in ihrer Ausgabe vom 25. Mai erwähnt, dass auch die Opposition sich «schwerer Verbrechen» schuldig mache wie «Erschiessungen, Entführungen, Geiselnahmen, Folter». Und am 28. April hatte die renommierte

luxemburgische Zeitung unter Verweis auf die 'Washington Post' einen stetig anwachsenden Einfluss islamistischer Extremisten gemeldet.

Ähnlich war das Verhalten der Mainstream-Medien beim Anschlag vom 10. Mai in Damaskus auf ein Gebäude des Geheimdienstes, dem nach unterschiedlichen Quellen 70 bis 100 Menschen zum Opfer fielen. Auch hier wurde zuerst die Version der Opposition verbreitet, dass die Armee hinter dem Anschlag stehe. Das LW (11. Mai) stellte die kritische Frage: Weshalb sollte die Regierung gerade einen Anschlag auf eine eigene Institution – die Zentrale eines militärischen Geheimdienstes – verüben, auf die sie doch bei der Niederschlagung des Aufstandes dringend angewiesen war? Diese Frage konnte die Opposition nicht beantworten, und die deutschen Mainstream-Medien stellten sie erst gar nicht.

Als diese Version offensichtlich nicht mehr zu halten war, wurde über den Anschlag lange Zeit nicht mehr berichtet, bis man dann etwa eine Woche später Al-Qaida als den Urheber präsentierte. Aber weder wurde die Armee rehabilitiert noch die Falschmeldung der Opposition beim Namen genannt. Noch weniger wurde eine eventuelle Verstrickung der Opposition selbst in die Anschläge thematisiert oder gar untersucht. Es scheint, dass alleine die Beschuldigung der Armee das wirkliche und einzige Interesse dieser Art von Berichterstattung ist und war.

Schnelle Schuldzuweisungen

Trotz der häufig sich als falsch erweisenden Meldungen der Opposition stützen sich die westlichen Mainstream-Medien weiterhin fast ausschliesslich auf deren Verlautbarungen und Propaganda über die Vorgänge in Syrien. Wenn aber die westlichen Mainstream-Medien und Regierungen immer häufiger bei den Anschlägen Al-Qaida ins Spiel bringen, stärken sie damit ungewollt das Ansehen der Armee und der Regierung Assad als Ordnungsfaktor im Kampf gegen Al-Qaida. Denn wenn im Jemen die USA und die Regierung Al-Qaida bekämpfen, wieso sollte das der syrischen Regierung nicht auch erlaubt sein. Und unter diesem Gesichtspunkt stellt das LW zurecht fest, dass die Terror-Anschläge dem Ansehen der Assad-Regierung nützen (26. Mai).

Aus dem fernen Deutschland ist nicht zu überprüfen, wer die Verursacher der Massaker sind und wie weit und ob überhaupt Al-Qaida in diesen Kämpfen eine Rolle spielt. Zudem ist es naiv und weltfremd, an die Einhaltung der Menschenrechte in einem militärischen Konflikt zu glauben. Nur: Wenn «der Westen» sich immer als Hüter der Menschenrechte aufspielt, muss er sich auch selbst an diesem Massstab messen lassen. Das führt

dann aber zu argumentativen Seitläufen, in einem militärischen Konflikt der Gegenseite immer die Verletzung der Menschenrechte nachweisen, die eigenen Parteigänger aber von solchen Anschuldigungen frei halten zu müssen.

Deshalb sollte sich der an der Wahrheit interessierte Leser vor zu schnellen Schuldzuweisungen hüten, auch nicht in Richtung der syrischen Opposition. Zu viel wird manipuliert mit den Mitteln der «Berichterstattung». Und da wir es nicht überprüfen können, sollten wir Vernunft walten und uns nicht zu Emotionalisierung hinreissen und missbrauchen lassen. So fällt an der Berichterstattung der westlichen Mainstream-Medien seit dem Beginn der Waffenruhe auf, dass die UN-Mission von den verschiedenen, am Konflikt beteiligten Kräften sehr unterschiedlich aufgenommen worden war. Sie wurde von der Opposition und ihren Unterstützern ausserhalb Syriens mehr kritisiert als unterstützt und willkommen geheissen. «Verhandlungen mit dem Assad-Regime wurden von grossen Teilen der Opposition bereits bei der Vorstellung des Annan-Plans abgelehnt.» (LW, 30. Mai)

Wie aber soll ein Friedensprozess eingeleitet werden, wenn eine der Konfliktparteien sich den Verhandlungen widersetzt? Diejenigen, die Annan zur Ausarbeitung des Friedensplans gedrängt hatten, kritisieren ihn nun dafür, dass er alles daran setzt, ihm zum Erfolg zu verhelfen. Die syrische Opposition bezeichnet Annans Treffen mit Assad als «Schlag in unser Gesicht», weil er angesichts der Vorgänge in Hula zu retten versucht, was noch zu retten ist. Die Freie Syrische Armee bezeichnet Assad als Mörder, mit dem sie Gespräche kategorisch ablehnt, blendet dabei aber aus, dass auch von der Hand der Opposition getötet wird. Das LW berichtete beispielsweise, dass am 29. Mai in Syrien 40 Menschen ums Leben kamen, 22 davon waren Soldaten der Armee. Und nicht zu Unrecht verweisen Annan und das LW darauf, dass nach Abzug der 300 Beobachter, «der Bürgerkrieg auf das ganze Land übergreifen würde. Massaker wie in Hula wären dann vermutlich an der Tagesordnung.» (LW, 30. Mai)

Der Druck auf Kofi Annan wächst, die Mission abzubrechen. Selbst das LW, das die Vorgänge in Syrien bisher sehr kritisch begleitet hat, behauptet mittlerweile, «dass Chancen zur erfolgreichen Umsetzung seines Friedensplanes nicht existieren.» (30. Mai). Einzig Assad scheint ihn noch zu unterstützen und ein Interesse am Erfolg des Friedensplans zu haben. Gegenüber Annan bekräftigte er seine Entschlossenheit, «sich an die Vorgaben des Friedensplanes zu halten.» (LW, 30. Mai)

Kein Interesse an Aufklärung

Selbst wenn man Assad Lippenbekenntnisse unterstellt, so scheinen seine Gegner mittlerweile selbst daran schon kein Interesse mehr zu haben, geschweige denn am Erfolg des Friedensplans. Der Verdacht liegt nahe, dass die Opposition und deren Unterstützer der Waffenruhe nur zugestimmt hatten, um die völlige Niederlage zu verhindern. Der Verdacht liegt nahe, dass man Zeit gewinnen wollte, die Opposition neu zu organisieren und mit neuen Waffen, auch panzerbrechenden, auszustatten. Dafür spricht die Meldung, dass westliche Geheimdienste verstärkt den Kontakt zur innersyrischen Opposition aufbauten, weil der Syrische Nationalrat mit Sitz im türkischen Istanbul nicht

in der Lage sei, die oppositionellen Kräfte zu vereinen und einem einheitlichen Kommando zu unterstellen. (Siehe hierzu insbesondere: LW, 18. Mai)

Jetzt aber scheint der Zeitpunkt für die syrische Opposition gekommen zu sein, an Friedensplan und Waffenruhe nicht mehr interessiert sein zu müssen. Der Vorfall in Hula scheint als willkommener Vorwand genutzt zu werden, beides aufkündigen zu können. Diese Vermutung hatte auch der russische Aussenminister Lawrow geäussert. Denn auf die Aufklärung der Vorgänge scheint «der Westen» keinen Wert zu legen. Zweifel an der Ernsthaftigkeit, alle Kräfte für den Erfolg des Friedensprozesses einzusetzen, sind angebracht und waren schon früh aufgekommen. Vermutlich hatte man auch deshalb die Sollstärke der UN-Beobachtertruppe nur sehr schleppend aufgefüllt, die allein ein wirklicher Garant für eine objektive Untersuchung aller Vorfälle hätte sein können.

Die massgeblichen Kräfte des «Westens» hatten sich mehr um Koordination und Finanzierung von Waffenlieferungen gekümmert als um die Aufstockung der Beobachtermission. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass die französische und die US-Regierung seit dem Beginn der Waffenruhe ihre Wirksamkeit immer wieder bezweifelten und weiterhin militärische Interventionen gefordert hatten. Weiterhin wurden Waffen an die Opposition geliefert, was von den USA und den Golf-Emiraten nicht einmal bestritten wurde. All dies sind nachweisbare Tatsachen, die Zweifel berechtigt erscheinen lassen an der Ernsthaftigkeit des Friedenswillens besonders der US-Regierung und der Regime Saudi-Arabiens und der Golf-Emirate.

Am 20. Mai meldete die 'Frankfurter Allgemeine', dass in Jordanien das Manöver 'Eager Lion 2012' unter Einsatz von 12.000 Soldaten aus 19 Nationen an der Grenze zu Syrien stattfindet. Die USA und Verbündete aus Europa und der Region bereiten sich dabei auf die «Sicherung des chemischen Waffenarsenals in Syrien» vor. Jordanien als südlichem Nachbarland wird eine Schlüsselrolle im Syrien-Konflikt eingeräumt neben dem nördlichen Nachbarn Türkei. So führt Washington laut der 'Frankfurter Allgemeinen' vom 20. Mai bereits Gespräche mit Jordanien «über die dauerhafte Stationierung von kleinen Truppenkontingenten». Sollte Assad fallen und ganze Landstriche unter die Kontrolle der Assad-feindlichen Rebellen oder auch Al-Qaida-Gruppen geraten, dann soll es Aufgabe dieser US-amerikanischen Spezialtruppen sein, die chemischen Waffen unter ihre Kontrolle zu bringen.

Aber schon einmal – im Irakkrieg – war die Angst der Weltöffentlichkeit vor chemischen Waffen das Mittel, hinter dem man die wirklichen Absichten hatte verstecken können. Zuerst einmal aber machen diese Manöver und Truppenstationierungen Druck auf Syrien mit der Drohung einer bevorstehenden Intervention, wenn diese auch von den US-Regierung und vielen europäischen Verbündeten derzeit noch als undurchführbar dargestellt wird. Und sie stärken die Position der Rebellen, deren Interesse an Friedensverhandlungen dadurch an Dringlichkeit verliert.

Im Schatten der Grenzen zur Türkei und Jordanien halten syrische Oppositionsgruppen grössere Gebiete unter ihrer Kontrolle. Von hier aus können sie mit Waffen versorgt werden und allem, was sie benötigen, um sich dem Druck der Regierungstruppen erwehren zu können. Vermutlich werden die Truppen Assads im Grenzgebiet vorsichtig operieren, um keinen Vorwand zu bieten, von der Türkei aus oder jetzt auch von Jordanien direkte militärische Unterstützung für

die Rebellen zu rechtfertigen. Dass «der Westen» den Flüchtlingslagern eine besondere Bedeutung beimisst für seine Pläne der direkten Invasion, wurde an anderer Stelle bereits erwähnt (LW, 21. April).

Unter den Syrern im Grenzgebiet zum Libanon ist es bereits zwischen Anhängern und Gegnern Assads zu Kämpfen und Toten gekommen. Der Schutz, den die Rebellen an den Grenzen zu Jordanien und der Türkei geniessen, birgt die Gefahr, dass diese beiden Länder in die innersyrischen Auseinandersetzungen hineingezogen werden. Damit verliesse der Konflikt seine nationale Ebene und würde zu einem regionalen.

Gefahr kommt von aussen

Die Kräfte der Opposition – soweit sie aus der Unterstützung durch die Bevölkerung genährt werden – scheinen nach dem Referendum und den Wahlen immer mehr zu schwinden. Die syrische Opposition kann sich offensichtlich nur halten, weil sie von mächtigen Kräften ausserhalb Syriens gestützt wird. Dadurch wird sie aber auch immer mehr von diesen Kräften abhängig und verkommt zum Werkzeug für die Durchsetzung derer Interessen.

Bereits am 26. April hatte der Patriarch von Damaskus, der sich als Vertreter der syrischen Christen anlässlich der Heilig-Rock-Tage in Trier aufhielt, in einem Interview mit dem LW auf diese grosse Gefahr hingewiesen, die von den fremden Interessen für sein Land und das friedliche Zusammenleben der Religionen in seinem Land ausgehen. Er hatte Europa und die USA aufgerufen, sich aus dem innersyrischen Konflikt herauszuhalten. Die Waffenlieferungen und der Zufluss von Geld an die Opposition schürten nur das Feuer und erschwerten die friedliche Lösung des Konfliktes. Als Beispiel für diesen schädlichen Einfluss des Westens hatte er die Beobachtermission der Arabischen Liga aufgeführt. Dieser Bericht war nach seiner eigenen Kenntnis der Situation im Lande «objektiv und gerecht und er hat Assad ein gutes Zeugnis ausgestellt, deshalb wollte niemand diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.» (LW, 26. April).

Es war nicht Assad, der den Beobachtern den Zutritt zu seinem Land verwehrt hatte. Sie waren abberufen und nicht mehr zurückgeschickt worden. Und so wie der Bericht der Beobachtermission von den westlichen Mainstream-Medien nicht zur Kenntnis genommen worden war, so wurde auch dem Besuch des Vertreters der syrischen Christen in Deutschland wenig Bedeutung beigemessen. Dabei hätte man sich hier aus einer Quelle informieren können, die vermutlich über qualifiziertere und objektivere Kenntnisse verfügt als die unbestätigten Quellen, auf die sich die westlichen Mainstream-Medien ständig stützen. Und obwohl den westlichen Mainstream-Medien das Schicksal der Christen in der arabischen Welt immer sehr am Herzen zu liegen scheint, wenn sie dort verfolgt werden, liegt ihnen scheinbar wenig daran, wenn sich eine andere Sicht auf die Verhältnisse ergibt. «Wir leben in Syrien als Christen und Muslime schon über tausend Jahre zusammen, keiner kann uns Vorschriften machen, wie wir unser Zusammenleben gestalten,» sagte der Vertreter der Christen in Syrien, Patriarch Gregorius III. Aber das ist eine Sicht, die im Westen nicht gerne wahrgenommen wird. Der Frieden soll anscheinend in Syrien keine Chance bekommen. Und diese Gefahr kommt zunehmend von aussen, nicht mehr von innen.

Quelle: www.regenbogen-nachrichten.de.

Voranzeige

Veranstaltung zum

Internationalen Tag des Friedens

21. September 2012

19.30 Uhr

Galeriaaal Volkshaus Basel

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Redaktionsschluss dieser Nummer:

5. Juni 2012

Kuba macht Nägel mit Köpfen (I)

Ohne Hast und ohne Rast in die Zukunft

UW-Redaktor Martin Schwander hat sich in Gesprächen in Havanna und Guanajay über die aktuelle Situation in Kuba schlau gemacht. In einem ersten Artikel berichtet er über das wachsende kubanische Kleingewerbe.

Von Martin Schwander

Eine schmale Publikation von kaum 40 Seiten sorgte im November 2010 in Kuba für einiges Aufsehen: In 291 «Leitlinien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik von Partei und Revolution» verpackt, unterbreitete die Kommunistische Partei Kubas der Bevölkerung Lösungsansätze zu einem grossen Teil der Probleme, die in den vergangenen Jahren immer heftigeren Unmut provoziert hatten. Die Umsetzung dieser Leitlinien sollte das bestehende System zwar nicht grundlegend ändern, aber beispielsweise zu einer allmählichen Dezentralisierung der Entscheidungswege führen, zur Einsparung wichtiger Ressourcen, zur Erhöhung der Exporte und zur Verminderung der Importe, zur Anhebung des Produkteangebots im Binnenmarkt, zu Löhnen, die sich nach Leistung und Qualität der Arbeit richten, zum Gleichgewicht zwischen Durchschnittslohn und Produktivität, zur Stärkung der selbstständigen Arbeit auf eigene Rechnung und der kleinen Privatunternehmen als Quelle für neue Arbeitsplätze, zum massiven Abbau aufgeblähter Personalbestände in den Staatsbetrieben, zum Rückzug des Staates aus Dienstleistungen, die er nur schlecht erbringen konnte und zur Schaffung von neuen Genossenschaften als Alternative dazu. Angesprochen wurden in den Leitlinien aber auch Liberalisierungen und Deregulierungen, zum Beispiel im Wohnungsmarkt und im Kauf beziehungsweise Verkauf von Privatautos. Insgesamt postulierten die Leitlinien ein für Kuba neues Beziehungsmodell: Der Staat regelt seine Beziehungen zum Bürger, zieht sich aber immer mehr aus den Beziehungen zwischen den Bürgern selbst zurück.

Zwischen Dezember 2010 und Februar 2011 wurden diese Leitlinien in 163 079 Versammlungen am Arbeitsplatz und in den Wohnquartieren mit insgesamt 8 913 838 Teilnehmenden diskutiert. Dabei wurden 3 019 471 Redebeiträge notiert und daraus 781 644 konkrete Anträge an das Papier formuliert. Von diesen Anträgen fanden 395 000 Eingang in die Überarbeitung der Leitlinien, weitere 210 000 betrafen ihre spätere Umsetzung, wiederum andere wurden als bereits erfüllt abgeschrieben oder zur weiteren Vertiefung zurückbehalten.

«Wir hatten in unserem Land schon oft breite Volksbefragungen», sagte uns Carlos Mateu Pereira, Vizeminister für Arbeit und Soziale Sicherheit, in seinem Büro an der Rampe von Havanna. «Aber dieser Diskussionsprozess rund um die Leitlinien war einmalig. Viele Kubanerinnen und Kubaner haben die Leitlinien mehrmals diskutiert. Ich zum Beispiel nahm an einer Versammlung hier im Ministerium teil, dann in meiner Parteizelle und schliesslich in meinem Wohnblock, mit meinen Nachbarn. Ich habe an diesen Versammlungen selbst auch das Wort ergriffen, wie alle ändern meine Meinungen und Ansichten mitgeteilt und einiges ist sogar berücksichtigt worden. Das war ein sehr transparenter Prozess, mit sehr angeregten Gesprächen, alle konnten ihre Kritik, ihre Anliegen, ihre Anregungen vorbringen.»

Entsprechend der breiten Diskussion erfuhr das Papier in dieser ersten Vernehmlassung wesentliche Änderungen. Nur gerade 32% des Inhalts blieb unverändert, 16 der Leitlinien wurden gar ganz gekippt und 36 neue kamen hinzu.

In einer zweiten Etappe ging das so modifizierte Papier an den Absender zurück, in die Kommunistische Partei und deren Provinzorganisationen, wo sie den bereits gewählten 986 Delegierten zum nationalen Parteitag der KP, der für April 2011 angesetzt war, zur weiteren Diskussion unterbreitet wurden. Daraus resultierten wiederum Anträge zu knapp 60% der Leitlinien, die der Parteitag zu behandeln hatte. Dieser nahm schliesslich noch einmal Abänderungen an 86 Leitlinien vor und fügte zwei weitere hinzu.



Die 29jährige Gemma Contreras Piedra ist Besitzerin eines kleinen Ladens für Kunsthandwerk und Souvenirs in der Altstadt von Havanna und beschäftigt 2 Arbeitskräfte. Foto: wissfoto.ch

«Die so verabschiedeten Leitlinien implizieren eine ganze Reihe struktureller Veränderungen», meint Vizeminister Mateu. «Aber auch Veränderungen in der Mentalität, wie wir Dinge zu sehen pflegen. All diese Veränderungen können nicht über Nacht realisiert werden. Deshalb haben wir eine breite Kommission von Führungskräften aus verschiedenen Sektoren der Gesellschaft eingesetzt, die nun die allmähliche Umsetzung der Leitlinien in die Praxis begleitet.» Ohne Hast, aber auch ohne Rast soll dabei vorgegangen werden, wie dies Raul Castro am Parteitag erklärt hatte. «Wir setzen um, was sofort umgesetzt werden muss, aber halten dabei immer das Ganze im Auge», ergänzt Carlos Mateu. «Wir müssen wegkommen von der Politik der Pflaster: Früher haben wir zum Beispiel in der ganzen Frage der Löhne hier ein Pflaster gesetzt, dort ein Pflaster und damit zwar momentan ein Problem gelöst aber gleich ein weiteres geschaffen.»

Merkliche Veränderungen

Seit dem Parteitag und der Verabschiedung der Leitlinien in die Praxis ist nun gut ein Jahr vergangen und die ersten Auswirkungen sind offensichtlich. Am augenfälligsten auch für das touristische Auge sind wohl die wachsende Vielfalt des Angebots an Konsumgütern, die von Kleinhändlern auf der Strasse angeboten werden und die kleinen Ladengeschäfte und Mini-Handwerksbetriebe, die zumindest in Havanna und Santiago wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Insgesamt über 180 Tätigkeiten umfasst heute die Liste der Berufe, für deren freie Ausübung Lizenzen beantragt werden können. A cuenta

propia, auf eigene Rechnung, ist dabei das Zauberwort und die Akteure werden Cuentapropistas genannt.

Die 29jährige Gemma Contreras Piedra, alleinerziehende Mutter einer sechsjährigen Tochter, ist eine jener Cuentapropistas, die die Altstadt von Havanna bereichern. An der untersten Ecke der berühmten autofreien Calle Obispo besitzt sie an der Calle Baratillo einen kleinen Souvenirshop mit gediegenem Kunsthandwerk. Eigentlich wollte die sympatische Jungunternehmerin am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit eine weiterführende Schule besuchen und später Jura studieren, doch ihr familiäres Umfeld würgte die Träume der Heranwach-

senden ab und so bildete sie sich zur Servicefachfrau aus.

«Die Arbeit auf eigene Rechnung hat uns Jungen nicht nur die Tore geöffnet, eine Arbeit auszuführen die uns gefällt, sondern auch gesellschaftliche Anerkennung als Arbeiter gebracht», meint die Geschäftsfrau, die ihren Laden mit zwei Angestellten betreibt. «Viele der neuen Cuentapropistas waren Junge, die irgendwo herumhingen oder halblegalen Geschäften nachgingen, ohne Steuern zu bezahlen und waren gesellschaftlich marginalisiert.» Mit den legalisierten Geschäften würden nun sowohl der Staat wie die Bevölkerung und die betroffenen Cuentapropistas profitieren. «Uns gefällt es, weil wir für uns selbst verantwortlich sind, und dem Staat bringen wir Steuereinnahmen.»

Das Lebensniveau von Gemma Contreras Piedra hat sich, trotz der harten Konkurrenz unter den unzähligen Souvenirshops in der Altstadt von Havanna, merklich verbessert. «Als Servicefachfrau arbeitete ich in einer Eisdielen, deren Produkte in einheimischer Währung bezahlt wurden. So hatte ich keinen Zugang zum Tourismus und zu Devisen und konnte mit meinem Lohn meine Ausgaben nicht mehr decken, zumal ich für eine kleine Tochter zu sorgen hatte. Mit dem neuen wirtschaftlichen Modell generiere ich Einnahmen, die im Gleichgewicht zu meinen Ausgaben stehen.»

Dafür müsse sie aber sehr hart arbeiten und der Druck sei enorm, da sie ja auch Löhne und die Abgaben an den Staat zu entrichten habe. «Aber am Ende eines jeden Monats sehe ich meinen Verdienst, und wenn ich gut spare, kann ich meiner Tochter Dinge anbieten wie etwa einen Badeaufenthalt in Varadero, die sonst undenkbar gewesen wären. Auch wenn das für uns Einheimische immer noch wahn-sinnig teuer ist.»

Als Kubanerin und als Cuentapropista sei sie dem Staat dankbar für diese Neuerungen und für die Auswirkungen, die sich bereits zeigten: «Ich merke das auch als Hausfrau: Es gibt auf unsern Märkten zum Beispiel viel mehr Gemüse und pflanzliche Produkte als früher.» Gemma Contreras Piedra ist eine der jungen Cuentapropistas, die es schaffen könnten. Und sie lernt schnell. Zunächst hätte sie ein kleines Ladengeschäft geführt, habe aber bald bemerkt, dass vor allem latein-

Wachsender Privat-Sektor

Bis Ende April 2012 wurden insgesamt 385 775 Lizenzen für die Arbeit auf eigenen Rechnung ausgegeben, davon hatten 67% der Bezüger zuvor keine institutionalisierten Arbeitsbeziehungen, sei es weil sie erst gerade von der Ausbildung kamen, sei es, weil sie sich ihren Lebensunterhalt zuvor mit halblegalen oder gänzlich illegalen Transaktionen verdient hatten. Zuoberst in der Hitparade der gewählten Berufe stehen gemäss Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit Beschäftigungen im Nahrungsmittelbereich, insbesondere in der Gastronomie, gefolgt vom Waren- und Personentransport, der Zimmervermietung, dem Strassenverkauf von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten und dem Botendienst.

Auch 2012 soll die Zahl der im privaten Sektor Beschäftigten weiter

ansteigen und Ende 2012 die halbe Million erreichen. «Netto sollen dabei 70 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden», sieht der Wirtschaftsplan für das laufende Jahr vor, wobei davon ausgegangen wird, dass einer Vergabe von 240 000 neuen Arbeitslizenzen ein Abbau von 170 000 Stellen in Staatsbetrieben gegenüberstehen wird.

«Wir waren überrascht, wieviele Lizenzen in kürzester Zeit beantragt worden sind», sagt der stellvertretende Arbeitsminister Carlos Mateu. «Es sind auf alle Fälle einige mehr als wir uns das vorgestellt hatten. Natürlich gibt es darunter auch ein paar, die meinten sie könnten über Nacht zu einer höheren Kaufkraft gelangen und denen es dann nicht gut gegangen ist. Einige hatten Mühe, kompetitive Leistungen zu erbringen, andere hatten den Markt zu wenig studiert, sich zu wenig um die Bezugsquellen für den Wiederverkauf gekümmert usw. Ein paar von ihnen haben dann die Aktivitäten gewechselt oder sich wieder um eine Staatsstelle bemüht. Wir selbst haben die Bedingungen laufend erleichtert, zum Beispiel Korrekturen bei den Steuern und einigen Gebühren angebracht und die erlaubte Sitzplatzkapazität privater Restaurants auf 50 erhöht. Die Einschränkung der Berufe, die Arbeiter anstellen können, haben wir gänzlich aufgehoben und so können nun sämtliche Cuentapropistas Arbeitsverträge abschliessen und bezahlen erst noch für bis zu 5 Angestellte keine Zusatzsteuer.» Sozialabgaben hingegen seien obligatorisch, unterstreicht Vivian Aguilar Pascaud, Vorsitzende der Abteilung für Arbeitsrecht am Obersten Volksgericht. «Die Rechte der Staatsangestellten gelten genau gleich für die Angestellten der Cuentapropistas: also neben dem Recht auf Lohn etwa das Recht auf Erholung, auf den Schutz bei Krankheit, bei Unfall, auf soziale Sicherheit und Rente.»

Für Vizeminister Mateu ist klar, dass auch die Selbständigen in das System der Sozialen Sicherheit einbezogen werden müssen. «Wir haben dazu ein Reglement ausgearbeitet, nach welchem die Cuentapropistas selbst wählen können, welchen Betrag sie monatlich für ihre künftige Rente einbezahlen wollen und entsprechend diesem Beitrag wird dann später die Rente auch ausfallen. Im Prinzip ist es natürlich immer mehr als das, was Du einbezahlst, weil der Staat selbst ja auch für einen Teil aufkommt. Jene Cuentapropistas, die bereits vor den jetzigen Regelungen als Selbständige gearbeitet haben – gewisse Berufe waren bereits seit den neunziger Jahren frei ausübbar – fallen dabei nicht durch das Netz, müssen aber gewisse Nachzahlungen leisten.»

Umsetzung im Fahrplan

Vize-Minister Mateu ist zufrieden mit den Fortschritten in der Umsetzung der Leitlinien. «In seiner Gesamtheit geht der Prozess adäquat voran. Einiges musste zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas abgebremst werden, wie zum Beispiel der ganze Prozess zur Überprüfung der aufgeblähten Belegschaften, damit sich alle Beteiligten besser darauf vorbereiten konnten, aber im Allgemeinen sind wir im Fahrplan.» Natürlich gehe es für einige Mitbürger zu langsam. «Cria cuervos...», scherzt der Vize-Minister: «Wir haben mitdenkende Menschen geschaffen. Wir Kubaner sind sehr kritisch, mit einem hohen Bildungsniveau, mit einem breiten Wissen. Uns wurde gelehrt, Kriterien zu haben, Standpunkte und Meinungen zu vertreten. Wir wissen alles über Sport, aber auch über die Wirtschaft und die Politik. Und so heftig und kritisch wie wir über Baseball diskutieren, können wir uns auch über andere Dinge ereifern. Da brauchst Du nur am Freitag die beiden Leserbrief-Seiten in der

Fortsetzung Seite 6

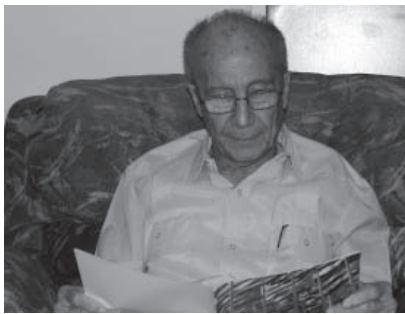


Vize-Arbeitsminister Carlos Mateu Pereira (Fotos UW).

Fortsetzung von Seite 5

«Granma» (kubanische Tageszeitung, die Red.) aufzuschlagen. Und natürlich gibt es sehr viele Erwartungen, etwa im Bezug auf die Reisefreiheit, einem Problem, dessen Lösung nicht allein von uns abhängt, aber woran wir arbeiten. Es gab dieselben Erwartungen im Bezug auf den freien Verkauf von Autos: Das Problem ist aus dem Weg geräumt worden. Es gab diese Erwartungen im Bezug auf den freien Verkauf von Häusern und Wohnungen: Das Problem ist gelöst. Darüber wird gar nicht mehr diskutiert. Irgendwann wird es auch mit der Reisefreiheit und allen andern Punkten in den Leitlinien soweit sein.»

In der Tat hat die «Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells», wie die gegenwärtigen Anpassungen auf der Basis der so breit diskutierten Leitlinien offiziell genannt werden, ein beachtliches Tempo angenommen. «Bis Ende 2011 wurden zur Umsetzung der Leitlinien 7 Gesetzesdekrete des Staatsrates und 3 Dekrete des Ministerrates in Kraft gesetzt», informiert Rodrigo Rodriguez Fonseca, Chefberater bei der Kubanischen Vereinigung der Ökonomen und Buchhalter ANEC. «Allein bezüglich weiterer Flexibilisierung der Arbeit auf eigene Rechnung wurden 33 Massnahmen verabschiedet und umgesetzt oder verlängert und die Steuerbefreiung wurde von 5 000 auf 10 000 kubanische Pesos erhöht.» Aber auch Rodriguez unterstreicht, dass nichts überstürzt werden dürfe. «Bei vielen Änderungen müssen wir uns zunächst Pilotversuchen stellen. Manchmal hast Du eine bestimmte Idee, von der Du überzeugt bist, aber in der Praxis bringt sie dann nicht das, was Du von ihr erwartet hast, Du musst sie anpassen, verändern. So geht es mit der Umsetzung der Leitlinien: Bevor wir etwas generalisieren, prüfen



Rodrigo Rodriguez Fonseca, Ökonom der ANEC

wir es auf seine Praxistauglichkeit. Klar ist, dass sämtliche Leitlinien nach einer gewissen Versuchszeit in die Praxis überführt werden. Die Leitlinien sind Ausdruck der Gefühlslage unserer Bevölkerung: Sie können gar nicht anders als umgesetzt werden.»

Leiden unter hohen Preisen

Dass nicht alle glücklich sind mit allen Entwicklungen, zeigt der von Vize-Minister Mateu erwähnte freitägliche Blick in die Leserbriefspalten der Parteizeitung «Granma». Frisch von der Leber weg beklagen sich dort Leserinnen und Leser aus dem ganzen Land nicht nur über harzige bürokratische Abläufe in den eigentlich liberalisierten Bereichen wie dem Hausverkauf, der Vergabe von Krediten, der Beschaffung von Baumaterialien, sondern auch über Auswüchse im Bereich der Cuentapropistas, insbesondere was den Wiederverkauf von in-

dustriellen Gütern anbelangt. Wiederverkäufer zum Beispiel von sanitären Ersatzteilen oder von Konsumgütern würden dank ihrer Kaufkraft alle diese Produkte in den staatlichen Läden aufkaufen und dann auf der Strasse zu übersetzten Preisen feilhalten, oft gleich gegenüber dem ausgeräumten staatlichen Laden selbst. So werden etwa Mengen-Begrenzungen gefordert im Bezug der Ware, die Schaffung von speziellen Einkaufsmöglichkeiten für die Wiederverkäufer oder gleich auch eine Preiskontrolle. «Was nützt es mir, wenn ich jetzt an jeder Ecke viele Dinge angeboten erhalte, die früher kaum erhältlich waren und ich sie mir nun aber nicht leisten kann, weil die Wiederverkäufer einen horrenden Zuschlag verlangen?», fragt etwa eine Leserin aus Havanna. Und in einem Blog der offiziellen kubanischen Webseite cubadebate.cu meint MCF verzweifelt: «Wenn es mit den Cuentapropistas so weiter geht, wie sollen wir Staatsangestellte dann überleben? Ich verdiene zum Beispiel 600 Pesos im Monat. Ein Haarschnitt kostet mich bereits 10 Pesos, eine Pizza zwischen 5 und 10, jedwelcher privater Transport zwischen 10 und 25



Ermela Garcia Santiago, Sekretärin des Kubanischen Gewerkschaftsbundes CTC

oder mehr, fünf Zitronen fünf Pesos... Wie können wir Staatsangestellte die Cuentapropistas überleben?»

Das Problem sei erkannt, meinen sowohl Vize-Minister Mateu wie auch Ökonom Rodriguez. Beide sehen die Lösung in einer Steigerung der Produktion sowohl im industriellen wie im landwirtschaftlichen Bereich. «Zur Zeit herrscht im privaten Sektor das alleinige Gesetz von Angebot und Nachfrage», meint Vize-Minister Mateu. «Preisfestlegungen kommen für uns zumindest im privaten Sektor gegenwärtig nicht in Frage. Wir wollen nicht eingreifen, das Gesetz nicht biegen. Je mehr Kontrolle über die Produktion wir haben, je weniger Verluste in der Produktion, je weniger Diebstahl, je mehr Wettbewerb, je entschärfter wird sich dieses Problem geben. Wenn ein Preis festgelegt wird, den die Leute nicht mehr bezahlen wollen, weil sie Alternativen haben, wird der Preis fallen. Aber damit es diese Alternativen gibt, muss die Produktion gesteigert werden.»

Kubanischer Gewerbeverband?

Die meisten Cuentapropistas sind gewerkschaftlich organisiert. «Etwas mehr als 80% der nichtstaatlichen Arbeitskräfte sind einer unserer Branchengewerkschaften angeschlossen», informiert Ermela Garcia Santiago, Sekretärin des kubanischen Gewerkschafts-Dachverbandes CTC und frühere Rektorin der CTC-Kaderschmiede. «Für uns ist ganz klar, dass wir die Interessen dieser Arbeiter, zumal wenn sie selbst Angestellte sind und nicht Patrons, ebenfalls vertreten und beschützen.» Eine eigene Interessensvertretung dieses wachsenden Sektors in der kubanischen Wirtschaft, der einmal die Hälfte des kubanischen Bruttoinlandproduktes erwirtschaften soll, gibt es noch nicht. Gemma Contreras Piedra würde sofort mitmachen: «Ich fände es wunderbar, wenn wir eine Organisation hätten, die unsere Interessen schützen könnte.» Und sie wüsste auch gegen wen: «Die staatlichen Inspektoren, die uns mit ihren unerbittlichen Bussen nerven...»

Fünf politische Lektionen, gesammelt seit dem Vietnamkrieg

V-E-R-H-A-N-D-E-L-N!

Auszüge aus der Rede von Toni Mächtlinger zum 97. Geburtstag der Women's International League for Peace and Freedom WILPF, Zürich 28. April 2012

Von Antoinette Mächtlinger

Verhandeln. Das war und ist die Devise der WILPF, nie ist sie davon abgewichen. Verhandeln ist das A und O, durch die ganze Menschheitsgeschichte. Heute ist es ja Mode, dass von allem Anfang an jegliche Verhandlungsbereitschaft abgelehnt wird, z.B. von libyschen und von syrischen Rebellen. Diese Haltung birgt immense Gefahren, die kaum zur Kenntnis genommen werden.

Doch zurück zur WILPF. Ich werde den Januar 1991 nie vergessen: Unser Entsetzen über den ersten Heissen Krieg, Desert Storm, Blut für Öl, gleich nach dem gefeierten Ende des Kalten Krieges. Und ich werde nie vergessen, wie Edith Ballantyne die Frauen von WILPF und allen NGOs in der UNO in Genf zusammentrommelte, und wie sie die Diskussion immer wieder auf die Frage zurückführte: Was können wir KONKRET tun? Antworten gab es leider nicht viele. Aber es war ein letztes Aufbäumen der totgesagten Friedensbewegung; auch wir von der in Auflösung begriffenen Schweizer WILPF haben uns alle auf Zürichs Strassen wiedergefunden.

So, jetzt wo ich schon mal in Fahrt bin, müsst ihr euch halt noch Einiges anhören. Aus dem Erfahrungsschatz, wie man so schön sagt. Das habt ihr euch selbst eingebracht. Aufgrund meiner déformation professionnelle teile ich den «Schatz» in Lektionen ein. Es sind deren fünf.

Lektion I Der Klassiker

Lektion I war für meine Generation bekanntlich der Vietnamkrieg. (Wir seien Kriegsgewinnler, hat letztthin ein alter Linker gesagt).

Wir schreiben das Jahr 1964. Die Nordvietnamesen greifen ein Kriegsschiff der USA an, folglich müssen die USA subito den Krieg auf Nordvietnam ausweiten. Vier Jahre später kommt der Aussenpolitische Senatsausschuss zum Schluss, es habe kein nordvietnamesischer Angriff stattgefunden. Nach weiteren dreieinhalb Jahren, 1971, werden der New York Times Auszüge aus geheimen Pentagon-Papieren zugespielt: Es erweist sich, dass der Angriff auf das US-Schiff von langer Hand geplant war und von den eigenen Leuten ausgeführt wurde.

Ihr kennt die Geschichte. Ich denke, man kann sie nicht oft genug wiederholen. Ein Schlüssel-Erlebnis.

Wer die Lektion gelernt hat, wird bei der Suche nach der wahren Kriegsursache in jedem weiteren Fall diesen Schlüssel ausprobieren.

Lektion II Die Freiheitskämpfer

Wir befinden uns im Jahrzehnt 1979 bis 1989. Täglich winken uns aus dem Fernseher die Freiheitskämpfer zu. Sie tragen wilde Bärte und bunte Turbane, zum Verlieben romantisch. Mujahedin werden sie genannt. Sie werden geliebt und bejubelt, denn sie sind daran, ihr Land Afghanistan von der sowjetischen Okkupation zu befreien. Dass sie von den USA mit Stinger-Raketen beliefert werden, kann in diesem Fall nicht stören.

Dass sie Schulhäuser anzündeten, weil Mädchen drin waren, konnte man schon damals selbst aus unsern Medien erfahren, wenn man aufmerksam genug gelesen hat.

Lehre aus Lektion II: Kommt mir nicht mit Freiheitskämpfern! Um sie

einschätzen zu können, stelle ich zwei simple Fragen: Wer lobt sie? Wer finanziert sie?

Lektion III Die temporären Bösewichte

Wir müssen uns immer mal empören, plötzlich, aber gründlich: diese Bösewichte! Jeder hat sicher irgendwann irgendwo einen Genozid begangen. Saddam Hussein! Gaddafi! Milosevic («Ein Hitler! Lieber Krieg als Auschwitz!»)! Und wieder Gaddafi, diesmal bis zum Lynchmord (den ich – ungewollt – live im Internet mit ansehen musste). Weil diese Bösewichte so böse sind, muss man ihr Volk bombardieren und ihr Land zerstören.

Lehre aus Lektion III: Ich weigere mich, mir meine Feinde diktieren zu lassen. Ich wähle meine Feinde selber, die Auswahl ist gross genug.

Lektion IV Die Wahlfälschungen

Eine geniale Erfindung! Wenn in einem Land ein Typ gewählt wurde, der sich stur meinen Interessen verweigert, dann inszeniere ich eine Wahlfälschkampagne. Das geht so: Ich finde überall jederzeit grosse Bevölkerungsgruppen, die aus gutem Grund mit der Wahl unzufrieden sind. Diesen Gruppen stelle ich eine Protest-Infrastruktur zur Verfügung, von Elektronik über Fahnen, Mützen, Halstücher, bis zu Zelten und WC-Häuschen.

Erinnert ihr euch an die normierte Zeltstadt der Orangen Revolution in der Ukraine? Der Idee sehr förderlich ist natürlich auch eine Ikone wie Frau Timoschenko, deren Gretchenfrisur ihre Verwicklung im Ölgeschäft vergessen macht. Und dann ist da noch ein ganz wichtiger Akteur in solchen bunten und blumigen Revolutionen: die internationale Journaille, welche action wittert.

Die Strategie wurde nach den Novemberwahlen 1996 in Belgrad entwickelt. Die protestierende Studentenorganisation hiess Otpor! («Widerstand!»). Ihre Aktion hat zwar nicht, wie man oft lesen kann, Milosevic hinweggefegt. Dieser wurde erst am 1. April 2001 in einer Nacht- und Nebelaktion nach Den Haag befördert, also nach der Bombardierung Belgrads durch die NATO (1999).

Was aber interessant ist an dieser Otpor!: Sie hat sich zu einer florierenden internationalen Agentur entwickelt, an die man sich wenden kann, wenn einem ein Wahlergebnis nicht passt. Einzige Voraussetzung: die Interessen der USA müssen berücksichtigt werden, denn diese finanzieren Otpor ganz offiziell, wie man im Internet lesen kann.

Lehre aus Lektion IV: Vorsicht bei Wahlfälschkampagnen! Immer fragen: Wer verspricht sich was vom Erfolg der Proteste?

Lektion V Die doppelt missbrauchten Frauen

Zum Schluss komme ich zu einem sehr sehr heikeln Kapitel. Es geht um die Frauen, die Leidtragenden in jedem Konflikt.

In Aarau, einer notorisch demofreien Stadt, kam in den 1990er Jahren (ich weiss nicht mehr, wann genau) eine beachtliche Frauendemo zustande, ein Schweigemarsch aus Solidarität mit den vergewaltigten Bosnierinnen. Die demonstrierenden Frauen waren entsetzt und meinten es ernst, sehr ernst.

Aber – sie wurden missbraucht. Die

ganze europaweite Frauen-Solidaritätsaktion wurde gezielt für antiserbische Propaganda missbraucht, die 1999 in den Nato-Angriff mündete, den sogenannten Kosovo-Krieg. Das ist das Erschütternde: dass immer wieder echte, berechtigte Proteste für entgegengesetzte Ziele missbraucht werden.

Das schlimmste Beispiel von Missbrauch weiblicher Solidaritätsgefühle bot der deutsche SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping, ebenfalls in der Vorbereitungsphase des Kosovokrieges. Das Erlebnis hat sich mir so eingepägt: Eines Morgens kommt meine Kollegin, mit der ich mich politisch immer besonders gut verstanden habe, ins Lehrerzimmer und sagt: Jetzt habe ich doch eingesehen, dass Kosovo nur mit einem militärischen Angriff von den Serben befreit werden kann.

Und sie zitiert den deutschen SPD-Verteidigungsminister, den sie am Abend zuvor im Fernsehen gesehen hat. Er hat hochdramatisch berichtet, wie einer schwangeren Kosovarin von Serben der Bauch aufgeschlitzt und der Fötus herausgeschnitten und auf den Grill geworfen wurde. Ein Aufschrei des Entsetzens ging durch die Welt! Die deutsche Regierung musste sich später entschuldigen für diese ganz und gar erfundene Geschichte, aber der Schaden war angerichtet.

(Scharping ist übrigens 2002 nicht aus diesem Grund in der Versenkung verschwunden, sondern wegen Amtsmissbrauchs.)

Und die Lehre aus Lektion V? Schwer zu sagen. So viel Misstrauen, wie hier nötig gewesen wäre, bringt ja kein Mensch einem Politiker in einem demokratischen Land entgegen. Aber da es für mich ein so einschneidendes Erlebnis war, will ich es doch berichten, auch ohne Moral von der Geschicht.

Antoinette Mächtlinger ist Redaktionsmitglied von «Unsere Welt» und war von 1984 – 1996 Präsidentin der WILPF Schweiz. Seit Jahrzehnten setzt sie sich engagiert und beharrlich für die Ziele von WILPF international und regional ein. An der diesjährigen WILPF-Geburtstagsfeier wurde sie dafür geehrt.

In Kürze

Selbstbestimmung für Indigene Völker

Vertreter der weltweit 370 Millionen Indigenen verlangen nicht nur eine Revision der nationalen Gesetze, die den Schutz ihrer Territorien, Ressourcen und Kultur unterlaufen. Sie fordern auch das ihnen in der UN-Ureinwohner-Deklaration garantierte Recht auf Selbstbestimmung. Wie die Teilnehmer des elften Ständigen Forums für indigene Angelegenheiten vom 7. bis 18. Mai in New York kritisierten, bedienen sich die führenden Weltmächte auch weiterhin alter aber gültiger Gesetze, um die Ausbeutung und den Missbrauch der autochthonen Gemeinschaften zu rechtfertigen.

Artikel 3 der vom UN-Sicherheitsrat 2007 angenommenen Deklaration räumt den indigenen Völkern ein Recht auf Selbstbestimmung ein. Nach Artikel 28 steht ihnen eine Wiedergutmachung zu, wenn Land, Territorien und Ressourcen ohne ihre Zustimmung genommen, besetzt oder beschädigt wurden.

Teilnehmer der Sitzung des Ständigen Forums sehen in der alten «Entdeckungsdoktrin» des 15. Jahrhunderts die Wurzel allen Übels. Damals hätten westeuropäische Christen einfach beschlossen, sie seien grundsätzlich dazu berechtigt, Gebiete von Nichtchristen für sich zu beanspruchen.

Von allen UN-Mitgliedstaaten haben lediglich Bolivien und Nicaragua die in der Erklärung der Rechte der indigenen Völker festgeschriebenen Prinzipien in nationales Recht überführt.



Händeschütteln zwischen UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und dem Generalsekretär der Befreiungsbewegung für die Westsahara und Präsidenten der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Mohamed Abdelaziz (UN-Foto/Eskinder Debebe)

Westsahara (II)

Klägliches Scheitern der UNO

Ende April eines jeden Jahres spielt sich im UNO-Sicherheitsrat ein kleines Drama ab: Das Mandat der UNO-Mission für das Referendum in der Westsahara – in der französischen Abkürzung MINURSO genannt – kommt zur jährlichen Verlängerung und der Sicherheitsrat, der diese letzte afrikanische Kolonie das ganze Jahr hindurch sonst ignoriert, beschliesst, «mit der Angelegenheit befasst zu bleiben».

Von Jacob Mundy

Dem UNO-Generalsekretär steht in der Person des früheren US-Botschafters und Arabien-Spezialisten Christopher Ross^(*) ein «Persönlicher Gesandter» für die Sahara zur Seite, aber das Mandat, welches Botschafter Ross ausüben sollte, nämlich «die Herbeiführung einer gerechten, für alle Seiten annehmbaren politischen Lösung», welche der Westsahara endlich die lange verweigerter Selbstbestimmung bringen würde, ist eine Farce und alle wissen das.

Für Marokko, das die Westsahara seit 1976 völkerrechtswidrig besetzt hält, kommt Selbstbestimmung, sprich eine Volksbefragung zur Unabhängigkeit, nicht in Frage. Frankreich, eine der fünf Veto-Mächte im Sicherheitsrat, unterstützt diese Haltung der Besatzungsmacht. Was die USA für die israelischen Interessen im Sicherheitsrat, bedeutet Frankreich für jene Marokkos. Auch wenn Marokko zur Zeit keinen Sitz im Sicherheitsrat innehat (das wird sich für die nächsten zwei Jahre ändern), halten Frankreich und Marokko wie Pech und Schwefel zusammen, wenn es darum geht, die Kontrolle Marokkos über die Westsahara zu schützen.

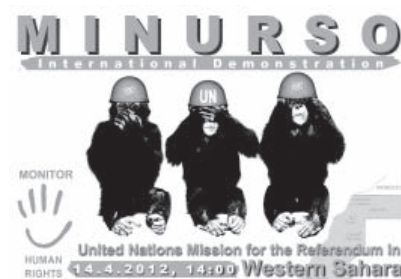
Bis anhin ist keine andere Veto-Macht willens gewesen, Frankreich und Marokko zu diesem Thema herauszufordern. So übernehmen die sogenannten «Freunde der Westsahara», Frankreich, Russland, die USA, Grossbritannien und Spanien als de jure Verwaltungsmacht in jedem April seit 1991 ihre gut eingespielte Rolle in einer genau festgelegten Dramaturgie, die «Friedensprozess für Westsahara» genannt wird.

Für die Bewohner der Westsahara, die sich selbst als Saharais bezeichnen, ist der Friedensprozess längst zu einer Tragödie geworden. Seit 1885 zunächst durch Spanien, dann knapp hundert Jahre später durch Marokko ihrer Heimat beraubt, hat die nationalistische Bewegung der Westsahara im benachbarten Algerien und in der Afri-

kanischen Union starke Unterstützung erhalten. Aber anders als Ost-Timor, dem asiatischen Zwilling der Westsahara, was verpfuschte Entkolonialisierungen durch die UNO anbelangt, verbleiben die Saharais unter Fremdherrschaft oder Exil. Auch in diesem Jahr «feierte» etwa die Hälfte der saharaischen Bevölkerung ihr 37. Jahr in den Flüchtlingslagern in der rauesten Ecke der südwestlichen algerischen Sahara.

Wertlose Zusicherungen

Die saharaischen Nationalisten sind sich an die billigen Versprechen der internationalen Gemeinschaft gewohnt. Zuerst war es Spanien, das den Saharais 1974 einen Volksentscheid zur Frage der Unabhängigkeit zusicherte, was Marokko 1975 – Franco lag auf dem Sterbebett – zur Invasion der Westsahara bewog. Als sich Marokkaner und nationalistische Kräfte der Westsahara unter Führung der Polisario Front einen erbitterten Kampf um dieses am dünnsten besiedelte Gebiet Afrikas zu liefern begannen, versuchte die damalige Organisation zur Einheit Afrikas (OAU), heute Afrikanische Union, Marokko zu überzeugen, dass nur ein Referendum eine Lösung bringen könnte. Nachdem Marokko sich in dieser Frage während Jahren uneinsichtig gezeigt



Solidaritätsgruppen protestierten am 14. April 2012 in über zehn Hauptstädten vor den Botschaften Frankreichs als Schirmherr Marokkos. Gefordert wurde die Selbstbestimmung der Westsahara über ihr weiteres Schicksal und der Schutz der Menschenrechte der Saharais durch die Blauhelme der MINURSO.

hatte, beschloss die OAU, die Westsahara unter der Bezeichnung Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) als souveränen Staat anzuerkennen. Das Thema zog schliesslich in den UNO-Sicherheitsrat ein, wo es bis heute verweilt.

1991 wurde die MINURSO eingesetzt. Wie ihr Name es schon sagt, hatte diese UNO-Mission zu Beginn eine einzige simple Aufgabe: die ungefähre 300 000 Saharais über die Unabhängigkeit oder die Einverleibung durch Marokko entscheiden zu lassen. Nach acht Jahren akribischer technischer Verhandlungen und mühsamer individueller Überprüfungen von 180 000 potentiellen Wählern, schien die MINURSO schliesslich bereit, das Referendum im Sommer 1999 durchzuführen. Da starb Hassan II. und gleichzeitigendete das UNO-Referendum zur Unabhängigkeit von Ost-Timor in einem blutigen Fiasko. Marokkos scheinbarer Wille, einen Volksentscheid zur Unabhängigkeit mindestens in Erwägung zu ziehen, starb mit Hassan II. und auch die Bereitschaft des Sicherheitsrates nahm deutlich ab, das marokkanische Regime zu einem strittigen und zweideutigen Endspiel ohne klare Regelungen über den endgültigen Status zu drängen. Dies war der Moment, in welchem sich die Sprachregelung der «für beide Seiten annehmbaren politischen Lösung» in den Friedensprozess einzuschleichen begann.

Saharais beharren auf Selbstbestimmung

Zu jener Zeit leitete James Baker, der frühere US-Aussenminister, die Verhandlungen. Das Referendum war zu nächst aufs Eis gelegt und so sondierte Baker mit Marokko, welches Mass von Autonomie Rabat bereit wäre, der Westsahara zuzubilligen. Der neue König Mohammed VI. schien im Prinzip nicht abgeneigt, einer quasi-autonomen Westsahara etwas von der Zentralmacht abzugeben, solange die letzte Souveränität Marokkos über das Gebiet gewahrt bliebe. Doch in der Praxis sperrte sich die marokkanische Verhandlungsdelegation selbst gegen banalste Absprachen zur Machtverteilung.

Der von Baker entwickelte Gesprächsrahmen wurde wegen seiner diplomatischen Verwischung der Be-

deutung von Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowohl durch die Polisario wie auch durch Algerien klar zurückgewiesen. Die Unabhängigkeitsbewegung der Westsahara hatte stets darauf beharrt, dass jegliche definitive Lösung, ob Integration, Autonomie oder Unabhängigkeit, vom saharaischen Volk in einem Referendum entschieden werden müsste. Algerien hatte zu dieser Zeit dank seiner Position im globalen Energiemarkt genügend Gewicht, der Stimme der Saharais Gehör zu verschaffen. So stimmte der Sicherheitsrat der Polisario überraschend zu und drängte Baker, eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu suchen, die «die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara» einschliesst.

Diese Sprachregelung gilt in den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates bis heute und sie gibt beiden Seiten die Möglichkeit, die Person, welche die Position des Persönlichen Gesandten des UNO-Generalsekretärs innehat, zum Teufel zu schicken. Wenn Rabat findet, Marokko werde die Selbstbestimmung aufgezwungen, wie es mit Bakers definitivem Vorschlag 2003 geschah, dann kann es im Namen der «für beide Seiten annehmbaren Lösung» mauern. Wenn die Polisario zum Schluss kommt, das Recht auf Selbstbestimmung werde untergraben, kann sie dem Persönlichen Gesandten einseitig das Vertrauen entziehen und auf einen besseren Ersatz hoffen. Genau dies wiederfuhr dem Nachfolger von Baker, dem holländischen Diplomaten Peter Van Walsum.

Nicht nur werden vom UN-Delegierten trotz leerer Werkzeugkiste Wunder erwartet, sondern das UN-Generalsekretariat hat stets auch vor den einseitigen Ablehnungen des Gesandten kapituliert und die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates haben es versäumt, ihm die Mittel in die Hände zu geben, etwas Substantielles zu erreichen.

Substanzlose «Autonomie»

Auf Messers Schneide balanciert auch Botschafter Ross seit seiner Nominierung zum Persönlichen Gesandten im Jahr 2008. Zwar hat er es geschafft, unzählige Verhandlungsrunden abzuhalten, doch vorweisen kann er bisher nichts. Die Polisario nimmt daran widerwillig teil, weil sie Ross vertraut, während das «Verhandlungsteam» der Marokkaner sich darauf beschränkt, an den Sitzungen Wort für Wort die Texte vorzulesen, die in Rabat für sie geschrieben wurden und von denen sie keinen Jota abzuweichen wagen (dafür sorgt das Innenministerium, das die marokkanische Delegation eng überwacht). In den letzten drei Jahren haben beide Seiten meist jene Positionen bekräftigt, die sie bereits 2007 bezogen hatten: Marokko ist bereit, der Westsahara einen besonderen regionalen Status zu gewähren (ein Autonomie-Vorschlag, der jeglicher rechtlicher Merkmale einer echten Autonomie entbehrt) und die Polisario willigt ein, für den Fall eines Votums zugunsten der Unabhängigkeit gegenüber Marokko politische und wirtschaftliche Garantien abzugeben. Allerdings setzt diese Position der Polisario eben jenes Referendum voraus, das weder Marokko noch offenbar der Sicherheitsrat heute zulassen wollen.

In der gegenwärtigen Diskussion um die routinemässige Erneuerung des MINURSO-Mandates spielt die eigentliche Aufgabe der Mission, ein Referendum abzuhalten, tatsächlich kaum mehr eine Rolle. Vielmehr wird seit einigen Jahren um die Frage gestritten, ob die MINURSO in den von Marokko besetzten Gebieten und in den Flüchtlingslagern der Polisario im Südwesten von Algerien Menschenrechtsverletzungen überwachen und rapportieren soll. Alle ändern UNO-Missionen üben diese Aufgaben aus, aber Moral und Vernunft haben ihre

Grenzen, wenn Frankreichs neokoloniale Interessen betroffen sind. Zwar befürworten sowohl die USA wie Grossbritannien mit ihrer scheinbar neutralen Haltung in diesem Konflikt eine entsprechende Ausweitung des MINURSO-Mandates, doch ihr Einfluss auf Frankreich ist mehr als gering und jeglicher Druckversuch endete bisher an der französischen Drohung, gegen die MINURSO ein Veto einzulegen. Für Rabat und das Elysée ist die MINURSO zwar nicht das Gelbe vom Ei, aber immerhin bedeutet sie die Aufrechterhaltung des Status Quo – jedoch auch das nur, wenn sie bleibt wie sie ist.

Abgeschwächter Bericht

Im vergangenen Jahr drohten nun offenbar die USA ihrerseits Frankreich mit einem Veto zur MINURSO, falls für die Resolution vom April 2011 keine Sprachregelung zu den Menschenrechten gefunden werde. Washington setzte seinen Willen durch, aber das Resultat war äusserst mager. Entsprechend machte auch der diesjährige Bericht des Generalsekretärs zur Westsahara in seiner ursprünglichen (das heisst von der MINURSO selbst entworfenen) Fassung nur vage Aussagen über Menschenrechtsverletzungen, zumal die marokkanischen Behörden jeglichen Kontakt der Mission mit den Saharais unterbunden hatten (wie sie es seit der Ankunft der Blauhelme 1992 stets getan haben). Aber selbst diese Andeutungen fielen in New York im Büro des Generalsekretärs und seiner Abteilung für Friedenssicherungseinsätze der Zensur zum Opfer: Im schliesslich veröffentlichten Bericht fehlen sie gänzlich (wie immer seit 1992).

Dass Menschenrechte in der Resolution von 2011 überhaupt Eingang gefunden hatten, verdankten sie einem seither hinlänglich vergessenen ersten Aufstand im sogenannten Arabischen Frühling: Im Oktober und November 2010 nahmen Tausende von Saharais die Zurückeroberung ihres Landes in Angriff, indem sie vor der grössten Stadt des Territoriums Protest-Camps einrichteten. Marokkanische Kräfte griffen brutal durch und es gab Tote auf beiden Seiten. Wenn es Massengewalt braucht, damit der Sicherheitsrat in einem absoluten Minischritt seine Besorgnis über die Situation der Menschenrechte in der Westsahara ausdrückt: Was braucht es dann, damit der Sicherheitsrat die ursprüngliche Aufgabe der MINURSO endlich ernst nimmt?

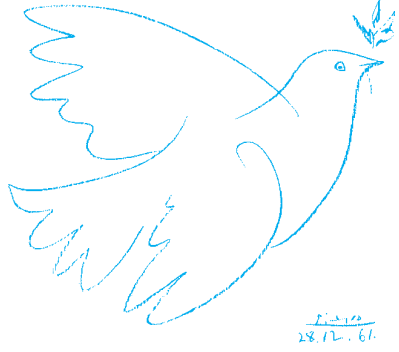
Jacob Mundy ist Professor für Friedens- und Konfliktforschung an der New Yorker Colgate-Universität und unterhält zusammen mit Stephen Zunes einen Blog zum Konflikt in der Westsahara (<http://wsahara.stephenzunes.org/blog>). Die (leicht gekürzte) Übersetzung aus dem Amerikanischen besorgte Martin Schwander.

(*) Marokko hat inzwischen Botschafter Ross das Vertrauen entzogen.

Achtung: Besatzungs-Tomaten

Die «Freunde des Saharaischen Volkes» aus Basel machten am 1. Mai 2012 unter anderem auf die Tatsache aufmerksam, dass sich in den Regalen vieler Grossverteiler unter den angeblich marokkanischen Produkten «Azura» und «Idyl – Etoile du Sud» in Tat und Wahrheit Erzeugnisse aus der besetzten Westsahara verstecken. Insbesondere gelangen so Hors-Sol-Tomaten und Frühjahrshonigmelonen aus einer völkerrechtswidrig besetzten Region in die schweizerischen Haushalte, die nicht nur falsch deklariert, sondern auch unter fragwürdigsten High-Tech-Methoden angebaut worden sind, beispielsweise durch die Plünderung der Grundwasserseen aus fossilem, nicht erneuerbarem Wasser.

Verein Freunde des Saharaischen Volkes Basel, Postfach 31, 4005 Basel



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis _____ Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Die Mauer der Schande durch das Gebiet der Westsahara: Über eine Länge von 2750 km trennt ein verminter Grenzwall den marokkanisch besetzten Teil der Westsahara von dem Gebiet, das von der Befreiungsbewegung Polisario kontrolliert wird. Foto wordpress.com

Westsahara (II)

Gestohlenes Land

Der uruguayische Schriftsteller und Buchautor Eduardo Galeano («Die offenen Adern Lateinamerikas») hat sich 2006 in der mexikanischen Zeitung La Jornada kritisch mit der Situation der Sahara auseinanderzusetzen. Wir dokumentieren seinen Text in einer Übersetzung des ND.

Die Berliner Mauer wurde praktisch täglich in den Nachrichten erwähnt. Von morgens bis abends konnten wir lesen, hören und sehen: die Mauer der Schande, die Mauer der Infamie, der Eiserne Vorhang ...

Schliesslich ist diese Mauer, die es verdiente zu fallen, gefallen. Aber andere Mauern woanders auf der Welt sind nachgewachsen und sie werden immer mehr. Sie sind sogar viel grösser als die damals in Berlin – von ihnen spricht man aber nur wenig bis überhaupt nicht.

Wenig spricht man beispielsweise über die Mauer, die von den USA an der Grenze mit Mexiko aufgezogen wird, und kaum Erwähnung finden die Stacheldrahtzäune von Ceuta und Melilla an der Mittelmeerküste in Nordafrika.

Fast nichts sagt man über die Mauer im Westjordanland, mit der die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete verewigt werden soll und die bald fünfzehn Mal länger als die Berliner Mauer sein wird.

Und nichts, absolut nichts sagt man über die Mauer in Marokko, die seit zwanzig Jahren die marokkanische Besetzung der Westsahara verewigt. Diese Mauer, die von Anfang bis Ende vermint ist und von tausenden Soldaten bewacht wird, ist sechzig Mal länger als die ehemalige Mauer in Berlin.

Warum gibt es wortlaute Mauern einerseits und absolut stumme Mauern andererseits? Hat das vielleicht etwas mit den Mauern der Kommunikation zu tun, die täglich von den grossen Medien errichtet werden?

*

Im Juli 2004 verurteilte der Internationale Gerichtshof in Den Haag den

Mauerbau im Westjordanland als Verstoß gegen das internationale Recht und verfügte den Abriss der Mauer. Bis heute hat es Israel noch nicht erfahren.

Im Oktober 1975 stellte der gleiche Gerichtshof klipp und klar fest: »Es gibt keine territorialen Hoheitsansprüche in der Beziehung zwischen Westsahara und dem Königreich Marokko.« Die Behauptung, dass Marokko schwerhörig gewesen sei, ginge an der Wirklichkeit vorbei, denn einen Tag nach dem Urteil befahl Marokko eine Invasion unter dem Namen »Der grüne Marsch«, in deren Verlauf grosse Teile des fremden Gebietes mit Gewalt besetzt und die Mehrheit der Bevölkerung vertrieben wurden. Und so geht es weiter.

«Tausendundeine» Entschliessung der Vereinten Nationen haben das Recht der einheimischen Bevölkerung in Westsahara auf Selbstbestimmung bestätigt. Was waren diese Entschliessungen wert? Man vereinbarte ein Plebiszit abzuhalten, bei dem die Bevölkerung über ihr Schicksal entscheiden sollte. Daraufhin besiedelte der König das Gebiet mit marokkanischen Siedlern. Mit der Zeit aber traute der König auch den Siedlern nicht mehr. Der König, der einst zugestimmt hatte, sagte plötzlich: wer weiss. Später sagte er einfach nein. Sein Sohn, der ihm inzwischen auf den Thron gefolgt ist, sagt ebenfalls nein. Dieses Nein ist aber ein Eingeständnis. Durch Verweigerung des Rechts auf Abstammung gibt Marokko zu, ein Land gestohlen zu haben.

Nehmen wir das weiterhin so einfach hin? Akzeptieren wir so einfach,

das in einer universellen Demokratie die Untergebenen nur das Recht auf Gehorsam ausüben dürfen?

Was haben «tausendundeine» Beschluss der Vereinten Nationen gegen die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete gebracht? Was ist mit «tausendundeiner» Resolution gegen die Blockade von Kuba? Ein altes Sprichwort sagt da: «Die Hypokrisie ist die Abgabe, die das Laster an die Tugend zahlt.»

*

Patriotismus ist heutzutage ein Privileg der herrschenden Nationen. Sollte ein beherrschtes Land Patriotismus üben wollen, dann macht es sich des Populismus oder des Terrorismus verdächtig – oder wird einfach ignoriert.

Die sahrauischen Patrioten, die seit dreissig Jahren für einen Platz auf dieser Welt kämpfen, haben die diplomatische Anerkennung von 82 Ländern errungen. Unter ihnen auch von meinem Land, Uruguay, das sich vor kurzem der grossen Mehrheit afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern angeschlossen hat.

Aber Europa nicht. Kein europäisches Land hat die Sahrauische Republik anerkannt. Spanien auch nicht. Das ist Ausdruck einer grossen Verantwortungsllosigkeit – oder sagen wir lieber Amnesie oder zumindest einer Lieblosigkeit. Bis vor dreissig Jahren war die Sahara eine Kolonie Spaniens und Spanien hatte somit die legale und moralische Verantwortung, die Unabhängigkeit des Territoriums zu schützen.

Was hat die imperiale Herrschaft nach einem Jahrhundert hinterlassen? – Wie viele Akademiker sind ausgebildet worden? Im Ganzen waren es drei: ein Arzt, ein Rechtsanwalt und ein Handelskaufmann. Das ist alles, was die spanische Herrschaft hinterlassen hat. Und einen Verrat hat sie hinterlassen. Spanien hat dieses Land und seine Menschen auf einem Tablett angeboten, damit sie vom marokkanischen Königreich einverleibt werden konnten. Seitdem ist Westsahara die letzte Kolonie in Afrika. Man hat ihr die Unabhängigkeit geraubt.

*

Warum ist es so, dass sich die Augen verweigern, gegen etwas, was eigentlich in die Augen springt? Ist es etwa deswegen, weil man ein Tauschgeschäft eingegangen ist? Sahrauis gegen Waren, die Marokko verkauft, obwohl sie dem Land nicht gehören?

Vor einigen Jahren hat der Journalist Javier Corcuera in einem Spital in Bagdad ein Opfer der Bombardierungen Iraks interviewt. Eine Bombe hatte ihr einen Arm abgerissen. Sie war acht Jahre alt und hatte elf Operationen hinter sich. Sie sagte: «Hätten wir bloss kein Erdöl!»

Vielleicht hat sich auch die Bevölkerung der Sahara schuldig gemacht, vor den langen Küsten ihres Territoriums einen der reichsten Fischbestände des Atlantischen Ozeans zu beherbergen? Oder dass unter dem leer wirkenden Wüstengebiet, die grössten weltweiten Phosphatreserven liegen? Ja, vielleicht auch Erdöl, Erdgas und Uran?

Im Koran könnte folgende Prophezeiung stehen, obwohl sie dort nicht geschrieben steht: «Die natürlichen

Reichtümer werden zum Fluch der Menschen.»

*

Die Zeltlager der sahrauischen Flüchtlinge im Süden von Algerien stehen in der ödesten aller Wüsten. Es ist weite Leere, umgeben von Leere. Dort wachsen nur Steine. Trotzdem ist den Sahrauis in dieser ausgedörrten Gegend und in den nicht weniger ausgedörrten befreiten Gebieten gelungen, die offenste Gesellschaft und die am wenigsten «machista» der islamischen Welt aufzubauen.

Dieses Wunder der Sahrauis, die sehr arm und sehr wenige sind, erklärt sich nicht nur durch ihren hartnäckigen Willen frei zu sein – denn das gibt es dort, wo es an allem fehlt, am meisten – sondern erklärt sich viel eher durch die internationale Solidarität.

Das meiste kommt aus den Völkern Spaniens. Die solidarische Energie, das Gedächtnis und das Empfinden für Würde unter den dortigen Men-

schen ist viel stärker als der Wechsel der Regierungen und die Raffgier der Konzerne.

Wohlgemerkt, ich meine Solidarität und nicht Wohlthätigkeit. Spenden können erniedrigen. Darin irrt auch das afrikanische Sprichwort nicht, das da sagt: «Die empfangende Hand liegt immer unter der Hand die spendet.»

*

Die Sahrauis warten. Sie sind zu lebenslanger Furcht und Nostalgie verurteilt. Die Zeltlager der Flüchtlinge tragen die Namen der Ortschaften, die ihnen geraubt wurden, die Namen der Orte, wo sie sich getroffen haben, die Namen ihrer geliebten Plätze: El Aaiún, Smara ...

Sie selbst nennen sich die Kinder der Wolken, weil sie schon immer den Regen verfolgen. Seit dreissig Jahren verfolgen sie nun auch die Gerechtigkeit, die in unserer heutigen Welt noch seltener zu sein scheint als Wasser in der Wüste.



Sommer-Olympiade in London:

Heikles Sponsoring

In einem offenen Brief an das Olympische Komitee, IOC, drückt die Vereinigung Schweiz-Vietnam zusammen mit 13 weiteren Organisationen grosses Befremden über den prominenten Platz von Dow Chemical an den Olympischen Sommer-spielen und den Paralympics aus.

«Dow Chemical ist nicht irgendeine Firma», schreiben die Organisationen, die von der Schweizerischen Friedensbewegung bis zur Erklärung von Bern reichen. «Dow Chemical hat Tod, Verwüstung und unsägliches Leid über Millionen von Menschen gebracht – ein Verhalten, das dem olympischen Gedanken zutiefst widerspricht.

Dow Chemical ist eine der Herstellerfirmen des Entlaubungsmittels Agent Orange, das von 1961–1971 durch die US-Armee in der ungeheuren Menge von 80 Millionen Litern über dem Süden Vietnams sowie Teilen von Laos und Kambodscha versprüht wurde. Darin waren gegen 400kg Dioxin enthalten. Die Studien der Forschergruppe um Professorin Jeanne Stellman an der Columbia Universität belegen, dass 4,8 Millionen Menschen mit der giftigen Substanz besprüht wurden. Bei 3 Millionen hat dies schwere Folgen wie Krebserkrankungen und Geburtsschäden bewirkt und noch heute werden in der dritten Generation missgebildete Kin-

der geboren. Die verursachten Umweltschäden sind gigantisch.»

Dow Chemical war auch Herstellerin von Napalm, dessen Feuerwalzen Verwüstung, Tod und schreckliche Verbrennungen brachten.

Ferner ist Union Carbide, die Verursacherin der riesigen Chemiekatastrophe in Bhopal, seit 2001 eine Tochtergesellschaft dieses Konzerns.

«Dow Chemical weigert sich beharrlich, Verantwortung zu übernehmen», schreibt die Vereinigung Schweiz-Vietnam. «Weder die Opfer der Kriege noch jene der Chemiekatastrophe haben vom Konzern je eine Entschädigung erhalten. Nichts wurde getan, um verseuchtes Land zu entgiften.»

Die unterzeichnenden Organisationen erwarten von den Fackelträgern des olympischen Gedankens Rücksicht und Mitgefühl gegenüber den Opfern und halten fest: «Dies beinhaltet auch, Dow Chemical keine Werbepattform zu bieten, solange diese Firma den Opfern in keiner Weise entgegen kommt.»